

01
2025

lautstark.

DEIN MITGLIEDERMAGAZIN



Sprache.
Macht.
Teilhabe.



PROFIS BRAUCHEN MEHR

In der laufenden Tarifrunde macht sich die GEW stark für tarifbeschäftigte Kolleg*innen im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen. Sie fordert höhere Entgelte und Verbesserungen der Arbeitszeiten.

NEUER ONLINE-SHOP DES NDS VERLAGS



DEIN MARKTPLATZ FÜR BILDUNG UND GEWERKSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Ob du pädagogisch-didaktische Unterstützung oder innovative Softwarelösungen suchst, dich bildungspolitisch informieren oder deiner gewerkschaftlichen Teilhabe mittels repräsentativer Werbemittel Ausdruck verleihen möchtest – bei uns wirst du fündig.

Entdecke jetzt unser vielfältiges Angebot!



nds-verlag.de



„Solange NRW die Ressourcen für Sprachförderung nicht bereitstellt, bleiben die Versprechen von Integration und Chancengleichheit hohle Phrasen.“

AYLA ÇELİK

Vorsitzende der GEW NRW



Sprache. Macht. Teilhabe.

Sprache kann verbinden oder Missverständnisse erzeugen. Sie kann Türen öffnen oder Barrieren errichten. Sie ist ein mächtiges Werkzeug. Welche Rolle spielt Sprache in unserem Bildungssystem? Wie gelingt Sprachförderung in Kita und Schule? Welchen Stellenwert haben Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen? Und was muss Sprachbildungs- und Förderpolitik tun, um allen Kindern Teilhabe zu ermöglichen?

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

- 08 **Sprachbarrieren abbauen**
Integration und Chancengleichheit im Bildungsbereich
- 10 **Der Schlüssel für Teilhabe**
Sprachstandserhebungen und Sprachförderung in der Schule
- 14 **Annas Weg zum Lesen und Schreiben**
Umgang mit Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten
- 18 **Sprache ist mehr als das gesprochene Wort**
Sprachbildung und -beobachtung in Kitas

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

- 24 **Damit Sprachen Türöffner bleiben**
Sprachlehrkräfte an Volkshochschulen besser bezahlen
- 26 **Profis brauchen MEHR**
TVöD-Tarifrunde 2025
- 29 **Jetzt kommt es auf uns alle an**
Gewerkschaftliche Gegenmacht in der TVöD-Tarifrunde
- 30 **Geld, Urlaub oder Freizeit – was darf's sein?**
EVG-Wahlmodell: Tarifpolitik für mehr Selbstbestimmung
- 32 **Ein starkes und spürbares Argument auf unserer Seite**
IGBCE-Tarifabschluss mit Mitgliedervorteil
- 34 **Forderungen mit Strahlkraft**
Der Zusammenhang von TVöD- und TV-L-Tarifrunden

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

- 36 **Die Welt mit anderen Augen wahrnehmen**
Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW
- 38 **Ein Bund fürs Lesen**
Leseförderung an Schulen mit Ehrenamtlichen von MENTOR
- 42 **Lernen auf Deutsch, Italienisch und Türkisch**
Mehrsprachigkeit in der Grundschule fördern

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

- 46 **Wandelbar und aushandelbar**
Wie Sprache funktioniert

-
- 06 **Kleine Pause**
 - 22 **Leser*innenpost**
 - 50 **Ich bin die GEW NRW!**
 - 51 **Ausblick & Impressum**

Dieser *lautstark.* liegt als Beilage die Besoldungstabelle NRW des DGB bei.

7.300

weniger Studierende als im Vorjahr sind laut IT.NRW im Wintersemester 2024 / 2025 an den NRW-Hochschulen eingeschrieben.



Foto: yankrukov / pexels.com

DGB-Index *Gute Arbeit 2024*

FACHKRÄFTESICHERUNG GELINGT NUR MIT GUTEN ARBEITSBEDINGUNGEN

Für die dringend notwendige Fachkräftesicherung müssen die Arbeitsbedingungen, die durch Personalmangel noch verschärft werden, verbessert werden. Zu diesem Ergebnis kommt der DGB-Index *Gute Arbeit 2024*. Eine entscheidende Maßnahme, um die Fachkräftelücken zu schließen, wäre laut DGB-Mitteilung, die Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten aufzustocken. In Deutschland arbeitet etwa ein Drittel aller Arbeitnehmer*innen in Teilzeit – überwiegend Frauen. Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Teilzeitbeschäftigten geben laut DGB-Index *Gute Arbeit 2024* Sorgeverpflichtungen wie Kinderbetreuung oder pflegebedürftige Angehörige als Grund für verkürzte Arbeitszeiten an; 39 Prozent nennen die zu hohe Belastung bei ihrer Tätigkeit als Grund. Besonders stark ausgeprägt ist die Arbeit in Teilzeit wegen zu hoher Belastung in einigen Berufen mit Fachkräftengpässen: So geben beispielsweise 80 Prozent der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte Überlastung als Grund für ihre kürzere Arbeitszeit an.

DGB-Index *Gute Arbeit 2024*

tip.de/dgb-index-gute-arbeit-2024

Im Februar erhält den LesePeter das Jugendbuch

SHIT BAG. JEDER HAT EIN PÄCKCHEN ZU TRAGEN

Xena Knox

Zürich, Arctis, 2024, ab 14 Jahren

Aufgrund einer Darmerkrankung ist Freya plötzlich gezwungen, einen Stomabeutel zu tragen – ein Shit Bag. Mit der humorvollen literarischen Verhandlung dieses ernstesten Themas gelingt es der Autorin in diesem autobiografischen Roman, eine neue Perspektive in die Jugendliteratur zu bringen.

19 Euro



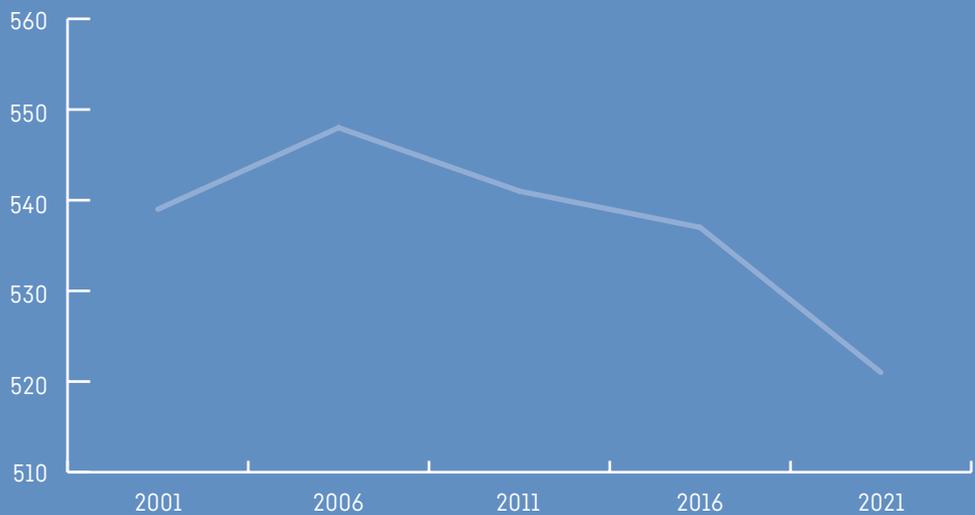
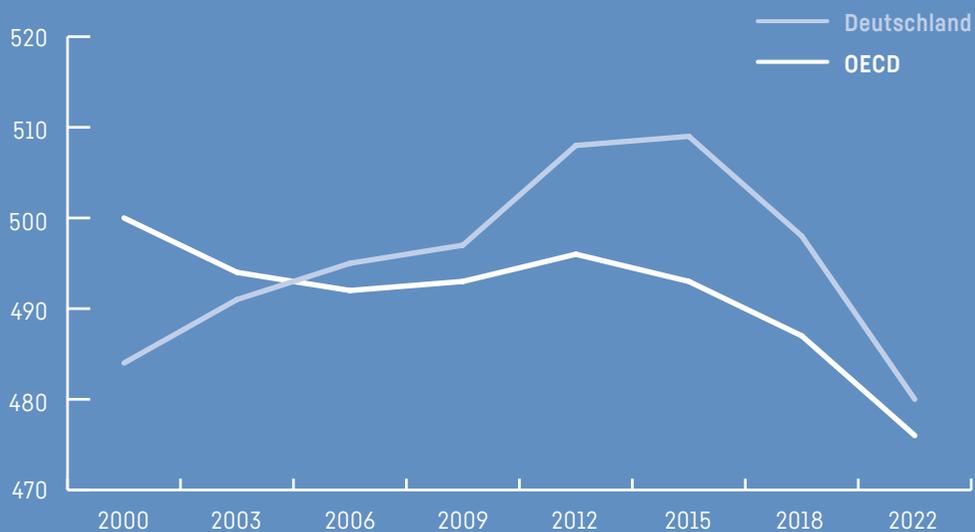
© Arctis Verlag

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

Studien zeigen: Schüler*innen können schlechter lesen

Nach einem Aufwärtstrend erreichen Schüler*innen in Deutschland sowie OECD-weit seit Jahren wieder weniger Punkte bezüglich ihrer Leseleistungen. Das zeigen sowohl die international durchgeführten PISA-Erhebungen für 15-jährige Schüler*innen (Abbildung 1) als auch die national durchgeführten IGLU-Studien für Viertklässler*innen (Abbildung 2).



Quellen: Abb. 1: Doris Lewalter, Jennifer Diedrich, Frank Goldhammer, Olaf Köller, Kristina Reiss (Hrsg.): PISA 2022. Analyse der Bildungsergebnisse in Deutschland, 2023; Abb. 2: <http://ip.de/20-jahre-iglu-studie>

→ Lies mehr zum Thema im Beitrag: *Der Schlüssel für Teilhabe. Sprachstandserhebungen und Sprachförderung in der Schule*, Seite 10-13

Sprachbarrieren abbauen

Sprache ist weit mehr als ein Mittel der Verständigung: Sie ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Bildungsbiografie, gesellschaftlicher Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. Ayla Çelik, Vorsitzende der GEW NRW, fordert deshalb: Wer gleiche (Bildungs-)Chancen für alle will, muss für gute Sprachbildung sorgen.

Kinder mit unzureichenden Sprachkenntnissen sind oft benachteiligt, weil sie Schwierigkeiten beim Verstehen von Unterrichtsinhalten und bei der aktiven Teilnahme am Schulalltag haben. Fehlende Sprachkompetenzen beeinflussen nicht nur schulische Leistungen, sondern auch die langfristigen Möglichkeiten der Kinder – von beruflichen Perspektiven bis hin zur gesellschaftlichen Integration.

Die Studien der vergangenen Jahre, wie PISA- und IGLU-Studie oder die IQB-Bildungstrends, zeigen immer wieder, dass Kinder aus armutsgefährdeten Familien oder mit Migrationshintergrund schlechter abschneiden als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Besonders betroffen sind diejenigen, bei denen sich soziale Benachteiligung und mangelnde Sprachkenntnisse überschneiden. Statt Chancengleichheit zu ermöglichen, verstärkt das Bildungssystem in NRW bestehende Ungleichheiten.

Die Ressourcen für Sprachförderung fehlen

In Nordrhein-Westfalen fehlt eine umfassende Strategie, um sprachliche Barrieren frühzeitig abzubauen. Sprachförderung sollte bereits im Vorschulalter beginnen, doch es fehlt an Ressourcen und qualifiziertem Personal in Kitas und Schulen. Lehrkräfte, die sich auf Deutsch als Zweitsprache (DaZ) oder

Deutsch als Fremdsprache (DaF) spezialisiert haben, arbeiten häufig unter prekären Bedingungen, was eine langfristige Arbeit in diesen Bereichen erschwert.

Zudem bleiben Konzepte zur Förderung von Mehrsprachigkeit ungenutzt. Mehr als ein Drittel der Schüler*innen in NRW wächst mit einer anderen Familiensprache als Deutsch auf. Diese sprachlichen Kompetenzen könnten eine wertvolle Ressource sein, finden jedoch kaum Anerkennung. Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU) wird oft nur als freiwilliges Zusatzangebot betrachtet und hat aufgrund unsicherer Rahmenbedingungen keinen festen Platz im Schulalltag.

Politik muss Sprachförderung zur Priorität machen

Die langjährige Forderung der GEW NRW, Unterschiede bildungspolitisch unterschiedlich zu behandeln, bedeutet in der Konsequenz auch eine Kehrtwende in der Sprachbildungs- und Förderpolitik. Chancengleichheit kann nur gelingen, wenn die Politik gezielt in Sprache als zentralen Faktor von Bildungsgerechtigkeit investiert, gerade mit Blick auf die zugewanderten Schüler*innen in den vergangenen Jahren. Damit das gelingen kann, sieht die GEW NRW konkreten Handlungsbedarf in drei Feldern:

1. Mehrsprachigkeit als Ressource anerkennen

Anstatt Mehrsprachigkeit als Hindernis zu sehen, fordert die GEW NRW, sie als Ressource zu nutzen. Herkunftssprachlicher Unterricht muss ausgebaut und in den Regelunterricht integriert werden. Dies stärkt sowohl die sprachlichen als auch die sozialen Kompetenzen der Schüler*innen und fördert ihre Identitätsentwicklung.

2. Kontinuierliche Sprachförderung ermöglichen

Sprachförderung kann nicht isoliert betrachtet werden. Sie muss kontinuierlich erfolgen – von der frühkindlichen Bildung bis zur weiterführenden Schule. Dafür braucht es

- verpflichtende Gesamtkonzepte für Sprachbildung, die alle Altersstufen umfassen,
- eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für DaZ- und DaF-Stellen,
- bessere Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, um mit heterogenen Lerngruppen arbeiten zu können,
- kleinere Klassen, um individuelle Förderung zu ermöglichen, vor allem für geflüchtete Kinder und Kinder mit sprachlichem Förderbedarf.

3. Faire Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte schaffen

Hoch qualifizierte Lehrkräfte im Bereich Sprachförderung haben derzeit oft schlechtere Arbeitsbedingungen als ihre Kolleg*innen. Dies gefährdet nicht nur die Qualität des Unterrichts, sondern auch die Motivation der Fachkräfte, langfristig im Bereich DaZ, DaF oder HSU zu bleiben. Als GEW NRW fordern wir daher

- eine Gleichstellung der Arbeitsbedingungen von DaZ- und DaF-Lehrkräften mit anderen Lehrkräften,
- feste und unbefristete Verträge, um langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten,
- eine deutliche Erhöhung der Vergütung, um die gesellschaftliche Bedeutung dieser Aufgabe anzuerkennen.

Ohne Sprachförderung keine Chancengleichheit

Seit Jahren gibt es von der Landesregierung Lippenbekenntnisse zur Integration und Chancengleichheit. Doch das Bildungs- und Sprachförderungssystem bleibt unterfinanziert und schlecht organisiert. Diese Untätigkeit ist ein Verstoß gegen die Verantwortung, die die Politik gegenüber allen Kindern und Jugendlichen in NRW hat. Die GEW NRW fordert die Landesregierung auf, nicht nur von Chancengleichheit zu sprechen, sondern konkrete Maßnahmen zu ergreifen:

- massive Investitionen in Sprachförderung und Sprachbildung,
- eine klare Positionierung für die Förderung von Mehrsprachigkeit sowie
- den Aufbau eines funktionierenden Systems zur Unterstützung von Lehrkräften und Bildungseinrichtungen.

Aus eigener Erfahrung als Zugewanderte, die vor etwa 45 Jahren in einer der Willkommensklassen saß, und aus meiner über 20-jährigen Erfahrung als Lehrerin kann ich nur bestätigen: Sprache ist der Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Bildungsbiografie. Doch solange NRW die Ressourcen für Sprachförderung und Bildungsgerechtigkeit nicht bereitstellt, bleiben die Versprechen von Integration und Chancengleichheit hohle Phrasen.

Es ist höchste Zeit, dass die politisch Verantwortlichen ihrer Pflicht nachkommen und sicherstellen, dass kein Kind aufgrund von Sprachdefiziten benachteiligt wird und es nicht von glücklichen Zufällen abhängt, dass ein Kind die eigenen Potenziale entwickeln kann. Investitionen in Sprache sind Investitionen in die Zukunft – für die Schüler*innen, für die Lehrkräfte und für die Gesellschaft insgesamt. //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

Der Schlüssel für Teilhabe

Seit über 20 Jahren erheben Studien die Sprachkompetenzen von Schüler*innen – insbesondere im Bereich Lesen. Seit Jahren fallen die Ergebnisse schlecht aus. Welche Kompetenzen grundlegend sind, um Texte lesen und verstehen zu können, und wie Lesekompetenz in Schulen gefördert werden kann, erklärt Prof. Dr. Michael Becker-Mrotzek, ehemaliger Leiter des Mercator-Instituts für Sprachförderung.

Sprachliche Kompetenzen gelten zu Recht als Schlüsselqualifikationen, weil sie die Basis für selbstständiges Lernen, Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft sowie berufliches Handeln bilden. Daher werden sie seit *PISA 2000* in unterschiedlichen Studien immer wieder erhoben, zunächst und überwiegend im Bereich des Lesens, aber auch beim Schreiben und in Ansätzen beim Zuhören; letztere lassen sich aber nur mit deutlich mehr Aufwand für alle Beteiligten erfassen.

Die Leseleistungen wurden international erstmals mit *PISA 2000* für die 15-Jährigen umfassend erhoben, was in Deutschland zum *PISA-Schock* führte, da die Ergebnisse dermaßen schlecht ausfielen. Die Leseleistungen von Grundschüler*innen des vierten Jahrgangs werden in der internationalen *IGLU-Studie* erhoben, zuletzt 2021. Bei den nationalen Studien sind insbesondere die *IQB-Bildungstrends* von Interesse, weil hier auch Daten für die einzelnen Bundesländer ausgewiesen werden.

Lesen ist ein mehrdimensionaler Prozess

Methodisch handelt es sich bei all diesen Studien um Large-Scale-Studien, bei denen die Daten einer großen Zahl von repräsentativ ausgewählten Schüler*innen mit erprobten Aufgaben und Fragebögen durch geschulte Testleiter*innen erhoben werden. Allen Studien liegen Kompetenzmodelle zugrunde, also Theorien, wie etwa Lesen funktioniert. Lesen wird heute verstanden als ein mehrdimensionaler Prozess mit unterschiedlichen Teilfertigkeiten. Es umfasst die Leseflüssigkeit sowie das

Leseverstehen, das sich wiederum unterteilt in das Finden einzelner Informationen, die Rekonstruktion der Textbedeutung und schließlich die Reflexion und Bewertung. Zudem ist der gesamte Leseprozess eingebettet in eine übergeordnete Aufgabe, aus der sich unter anderem das Leseziel und das Monitoring herleiten, also das Steuern und Überwachen des Leseprozesses. Für das Erheben der Lesekompetenz werden Testaufgaben entwickelt, die diese Zusammenhänge berücksichtigen, also etwa

- die eigentliche Leseaufgabe in eine altersgemäße Situation einbetten,
- Fragen zu einzelnen Informationen stellen,
- aber auch Zusammenhänge erfragen sowie eine Textbewertung umfassen, etwa zur Glaubwürdigkeit des Textes.

Diese Aufgaben haben eine sehr gute Qualität und sind geeignet, die Lesekompetenz valide, verlässlich, objektiv und fair zu erfassen.

Lesekompetenz nimmt in Deutschland und NRW wieder ab

Langfristig lassen sich für Deutschland zwei Tendenzen erkennen: Bis etwa 2010 haben sich die Leseleistungen der Schüler*innen verbessert; seitdem nehmen sie wieder ab, sodass bei *PISA 2022* die Leistungen knapp unter denen von *PISA 2000* liegen (→ Seite 07, Abbildung 1). Eine ähnliche Tendenz zeigt sich bei *IGLU*, den Leseleistungen der Viertklässler*innen, die seit 2006 wieder abnehmen und jetzt ebenfalls unter dem Ausgangsniveau von 2001 liegen (→ Seite 07, Abbildung 2).



Dabei entwickeln sich die Leseleistungen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich, wie die IQB-Bildungstrends zeigen. Für eine grobe Einschätzung zeigt folgende Grafik (→ Seite 12) die Leseleistungen für NRW im Vergleich mit allen Bundesländern sowie mit Baden-Württemberg, das als Flächenland mit einer ähnlichen Bevölkerungsstruktur gut mit NRW vergleichbar ist, aber sich seit einigen Jahren sehr intensiv um die Leseförderung kümmert.

In NRW ist der Anteil der Schüler*innen, die den Mindeststandard verfehlen, immer größer als im Bundesdurchschnitt und als in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist es im Jahrgang 9 gelungen, den Anteil der Schüler*innen, die den Mittleren Schulabschluss anstreben, aber den entsprechenden Mindeststandard verfehlen, auf 18,8 Prozent zu verringern, während es in NRW nach wie vor 27,5 Prozent sind. Damit liegt NRW signifikant über dem Bundesdurchschnitt, Baden-Württemberg dagegen signifikant darunter.

Schüler*innen fehlen basale Fertigkeiten

Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig und haben auch mit dem demografischen Wandel sowie den veränderten Lebensbedingungen zu tun. Diese kann Schule aber nicht ändern, sondern nur in Rechnung stellen.

Bei dem wachsenden Anteil der Schüler*innen mit unzureichender Lesekompetenz zeigt sich, dass es ihnen an basalen Fertigkeiten fehlt, wie die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz in ihrem Grundschulgutachten *Basale Kompetenzen vermitteln – Bildungschancen sichern. Perspektiven für die Grundschule 2022* zeigte. Vor allem die Leseflüssigkeit sowie grundlegende Lesestrategien werden unter den basalen Fertigkeiten verstanden – Analoges gilt im Übrigen auch für das Schreiben.

Leseflüssigkeit meint die Fertigkeit, einen Text zügig und automatisiert zu lesen, um so das Arbeitsgedächtnis zu entlasten. Lesestrategien meint die Fähigkeit, einen Text entsprechend der eigenen Leseziele mit unterschiedlichen Methoden durchzuarbeiten; zu den wichtigsten Strategien gehört das schriftliche Zusammenfassen zentraler Aussagen. Lesestrategien können allerdings erst dann genutzt werden, wenn die Leseflüssigkeit ausreicht.

Tägliches Üben führt zu schnellem Lernfortschritt

Basale Kompetenzen lassen sich sehr gut schulen. Dafür bedarf es zum einen praktikabler Diagnoseinstrumente und zum anderen materialgestützter Trainingsprogramme, wie sie etwa in *BiSS-Transfer* – einer gemeinsamen Initiative von Bund und

»

Ländern zur Sprachförderung in Schulen und Kitas – entwickelt wurden. Solche Trainingsprogramme zeichnen sich dadurch aus, dass sie mehrmals pro Woche, am besten täglich, für eine überschaubare Zeit von circa 20 Minuten durchgeführt werden. Dabei werden mit wechselnden Übungen wie dem chorischen Lesen oder unterschiedlichen Partnerübungen zunächst die Leseflüssigkeit aufgebaut und später basale Lesestrategien eingeübt. Bei allen Übungen erhalten die Schüler*innen ein unmittelbares Feedback, was sich positiv auf die Motivation auswirkt. Denn die Übungen sind so angelegt, dass praktisch alle schnelle Lernfortschritte erzielen.

Als erstes Bundesland hat Hamburg ein solches Trainingsprogramm in Form eines Lesebandes sehr erfolgreich eingesetzt. Aktuell setzt Baden-Württemberg im Rahmen seines Programms *Starke BASIS!* derartige Konzepte flächendeckend in der Grundschule um. NRW geht mit dem Konzept der verbindlichen Leszeit von 3 × 20 Minuten in der Grundschule einen ähnlichen Weg; auch hier sollen die basalen Kompetenzen regelmäßig und systematisch aufgebaut werden.

Leseförderung in NRW braucht systematischere Umsetzung

Im Unterschied zu Baden-Württemberg sind die Rahmenbedingungen in NRW aber weniger klar strukturiert. So gibt es in Baden-Württemberg beispielsweise in jeder Schule fortgebildete Verantwortliche für das Programm, feste Ansprechpartner*innen in den Regionalstellen, ein Onlineportal mit Material und kurzen Erklärvideos sowie Blended-Learning-Fortbildungen. Auf dieser Grundlage hat das Land 2023 alle Grundschulen per Erlass verpflichtet, ein evidenzbasiertes Leseförderkonzept einzuführen. Die Rückmeldungen sind durchweg positiv, auch deshalb, weil die Lehrkräfte merken, dass das Programm zu erkennbaren Erfolgen bei den Schüler*innen führt. Vor diesem Hintergrund kann NRW nur ermutigt werden, die erfolgreichen Konzepte aus *BiSS-Transfer* noch konsequenter und systematischer umzusetzen, etwa auch im Rahmen des anlaufenden *Startchancen-Programms*. //

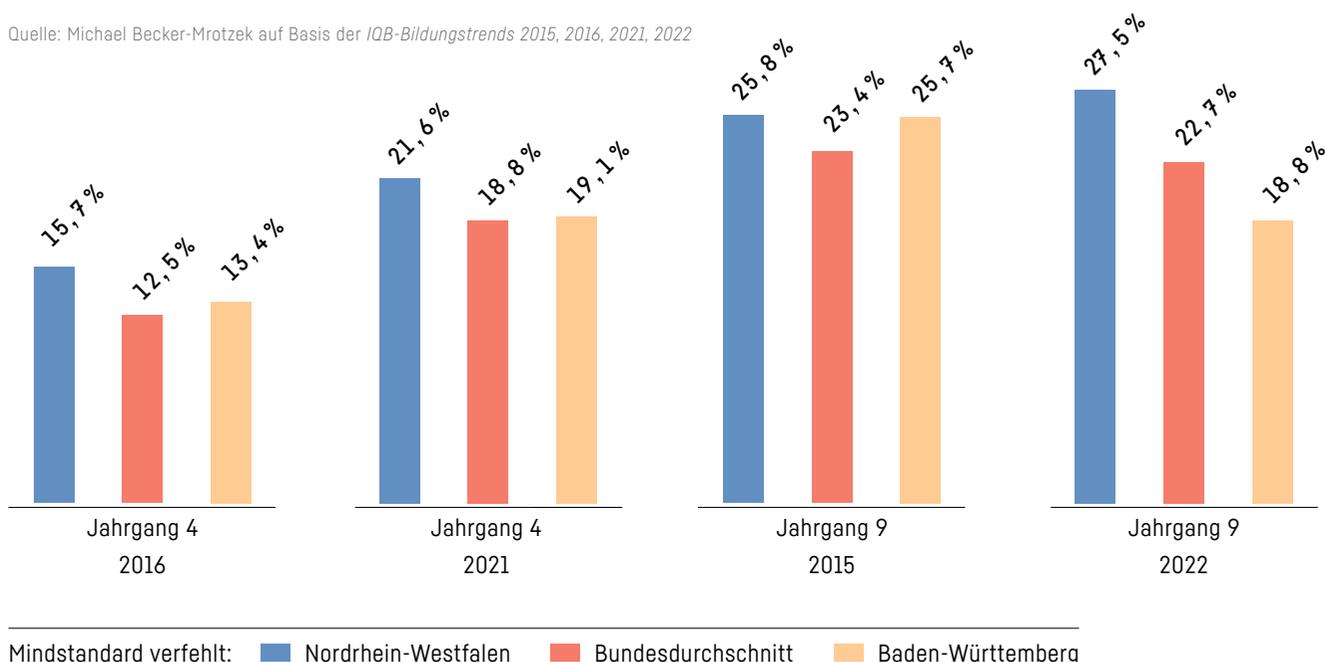
Prof. em. Dr. Michael Becker-Mrotzek

Ehemaliger Direktor des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache der Universität Köln

Leseleistungen: NRW ist Schlusslicht

Die Leseleistungen von Schüler*innen der Jahrgangstufen 4 und 9 aus Nordrhein-Westfalen fallen im Vergleich zu denen von Schüler*innen aus den gleichen Jahrgangsstufen aus Baden-Württemberg sowie zum Bundesdurchschnitt schlechter aus.

Quelle: Michael Becker-Mrotzek auf Basis der IQB-Bildungstrends 2015, 2016, 2021, 2022



SPRACHSTANDSERHEBUNGEN MÜSSEN TATEN DER LANDESREGIERUNG FOLGEN

Sprachstandserhebungen wie *Delfin 4*, *VERA*, *IGLU* oder *IQB-Bildungstrends* sind wichtige Instrumente, um den Sprachstand von Kindern zu erfassen. Sprache ist der Schlüssel für schulischen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Sie beeinflusst nicht nur das Fach Deutsch, sondern auch andere Lernbereiche und die gesamte Bildungsbiografie eines Kindes.

Doch solche Erhebungen bleiben wirkungslos, wenn die notwendigen Fördermaßnahmen vor Ort nicht umgesetzt werden können. Schulen und Kitas sind durch den gravierenden Fachkräftemangel bereits überlastet. Lehrkräfte können zusätzliche Aufgaben wie individuelle Sprachstandsfeststellungen oft nicht übernehmen und sind zudem nicht immer ausreichend für intensive Sprachförderung ausgebildet. Auch Kitas sind aufgrund personeller Engpässe nicht in der Lage, diese Verantwortung allein zu tragen.

Es braucht daher dringend zusätzliche Fachkräfte, wie Sprachpädagog*innen oder Sozialpädagog*innen, die diese Aufgaben übernehmen und Schulen und Kitas entlasten. Ebenso müssen flächendeckend niedrigschwellige Angebote in der frühkindlichen Bildung geschaffen werden, um alle Kinder bereits vor der Einschulung sprachlich gut zu fördern. Ein effektives Monitoring ist notwendig, um Sprachdefizite im Verlauf der Bildungsbiografie nachzuverfolgen und rechtzeitig handeln zu können.

Ergebnisse von Sprachstandserhebungen dürfen dabei weder den Lehrkräften noch den Familien allein angelastet werden. Sie spiegeln häufig sozioökonomische Ungleichheiten wider, die das Bildungssystem nicht ausgleichen kann. Die Verantwortung für mehr Chancengleichheit liegt bei der Landesregierung.

Aus Sicht der GEW NRW sind Sprachstandserhebungen nur ein erster Schritt. Eine umfassende Reform der Sprachförderung muss folgen. Hierzu muss die Landesregierung Sprache als Schlüsselkompetenz für alle Kinder und zentralen Baustein der Bildung begreifen und entsprechend Ressourcen bereitstellen: mehr Personal, mehr finanzielle Mittel und strukturelle Unterstützung. Nur so kann das Ziel erreicht werden, Sprache als Schlüsselkompetenz allen Kindern zugänglich zu machen. Alles andere wäre nichts weiter als eine unverbindliche Absichtserklärung. //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

+++

Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz: *Basale Kompetenzen vermitteln – Bildungschancen sichern. Perspektiven für die Grundschule*
[t1p.de/swk-grundschulgutachten-2022](http://swk-grundschulgutachten-2022)

Jürgen Baumert, Eckhard Klieme, Michael Neubrand: *PISA 2000. Basis-kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*
[t1p.de/pisa-2000](http://pisa-2000)

Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund: *IGLU 2021*

[t1p.de/iglu-ergebnisse-2021](http://iglu-ergebnisse-2021)

Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen der Humboldt-Universität zu Berlin: *IQB-Bildungstrend 2021 und 2022*

[t1p.de/iqb-bildungstrend-2021](http://iqb-bildungstrend-2021)

[t1p.de/iqb-bildungstrend-2022](http://iqb-bildungstrend-2022)

Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz: *BiSS-Transfer*
biss-sprachbildung.de

Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, Baden-Württemberg: *Unterstützungskonzept Starke BASIS!*
[t1p.de/konzept-starke-basis](http://konzept-starke-basis)

Ministerium für Schule und Bildung NRW: *Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und klare Schwerpunktsetzungen – Stärkung der Basiskompetenzen*
[t1p.de/staerkung-basiskompetenzen-schule](http://staerkung-basiskompetenzen-schule)

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburg: *Das Leseband*

[t1p.de/hamburg-leseband](http://hamburg-leseband)

Annas Weg zum Lesen und Schreiben

Ein bis zwei Kinder pro Schulklasse haben Schwierigkeiten, Buchstaben und Laute in Zusammenhang zu bringen. Doch gezielte Unterstützung kann Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) helfen, Hürden zu überwinden. Damit sie die Freude am Lesen, Schreiben und letztlich am Lernen nicht verlieren.



ANNAS WEG ZUM LESEN UND SCHREIBEN | 1

Es klingelt zur Pause. Anna schnappt sich ihre Federmappe, ruft ihrer Lehrerin zu: „Ich habe jetzt Lerntherapie!“ und stürmt aus der Klasse. Die Lehrerin blickt ihr lächelnd hinterher – endlich hat Anna wieder Spaß am Lernen. Vor anderthalb Jahren war das noch ganz anders: Schon in der ersten Klasse fiel ihr auf, dass Anna nur sehr langsam die Buchstaben lernte und nie sicher wurde. Als die anderen Kinder schon kleine Texte lesen konnten, kämpfte Anna sich noch mühsam von Buchstabe zu Buchstabe. Irgendwann hat Anna dann aufgegeben. Sie zog sich immer mehr zurück, war häufig krank und der „Lernberg“, vor dem sie stand, wurde immer größer. Die Lehrerin erinnert sich noch gut an das tränenreiche Elterngespräch – denn auch zu Hause gab es Tränen und Hilflosigkeit ...

Das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen ist eine zentrale Aufgabe in der Grundschule und erfordert komplexe Entwicklungsprozesse. Die Grundlage für das Lesen und Schreiben ist die sogenannte Phonem-Graphem-Korrespondenz – die Fähigkeit, Laute mit Buchstaben zu verbinden. Manche Kinder haben Schwierigkeiten, diese Laut-Buchstaben-Zusammenhänge zu erkennen und zu automatisieren, was den Lesefluss, die Rechtschreibung und das Textverständnis beeinträchtigen kann. Kinder mit diesen Schwierigkeiten verlieren oft die Freude am Lesen und Schreiben. Schätzungen zufolge haben fünf bis acht Prozent aller Kinder Probleme im Lese- und Rechtschreiberwerb, was etwa ein bis zwei Kindern pro Schulklasse entspricht.

Je nach Fachdisziplin finden verschiedene Begriffe Verwendung: Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten, Lese-Rechtschreib-Schwäche, Lese-Rechtschreib-

Störung – kurz: LRS – oder auch Legasthenie. Medizinisch wird der Störungsbegriff verwendet. Das aktualisierte internationale Klassifikationssystem von Krankheiten (ICD 11) ordnet die Schwierigkeiten ein unter Lernentwicklungsstörung mit Lesebeeinträchtigung (6A03.0) und Lernentwicklungsstörung mit Beeinträchtigung im schriftlichen Ausdruck, welche die Rechtschreibung, Grammatik, Interpunktion und Textproduktion umfasst (6A03.1).

Bei LRS-Verdacht: Früh hinsehen, früh unterstützen

Betroffene Kinder erleben oft Frustration, da sie trotz großer Anstrengungen keinen Fortschritt erzielen. Dies kann zu einem Teufelskreis aus Misserfolg, niedrigem Selbstwertgefühl, Schulangst und sogar psychosomatischen Beschwerden führen. Während die Mitschüler*innen Fortschritte machen, bleiben sie zurück – und scheitern an ihrer zentralen Entwicklungsaufgabe. Eine entscheidende Rolle spielen die Reaktionen der Umwelt: Eltern, Lehrkräfte und Klassenkamerad*innen sollten empathisch und unterstützend reagieren, um den negativen Kreislauf zu durchbrechen.

Um eine ganzheitliche Grundlage für erfolgreiches Lernen zu gestalten, kommt es auf die gelingende Wechselwirkung zwischen drei Dialogformen an (→ Abbildung auf Seite 14): Der Beziehungsdialo**g** betont die Rolle der Lehrperson, die durch einen Potenzialblick das fühlende Selbst der Schüler*innen stärkt. Der **Lerndialo**g**** unterstützt den Kompetenzerwerb und fördert das denkende Ich, während der innere **Dialo**g**** die emotionale Verarbeitung und Selbstreflexion ermöglicht. In diesem Modell wird die enge und wechselseitige Verzahnung von Lernleistung, Selbstwert und Beziehung und Unterstützung deutlich. Dies kann im Prozess der Diagnostik und Förderung zur beständigen Selbstreflexion genutzt werden.

Eine frühe schulinterne Unterstützung kann helfen, belastende Entwicklungsprozesse zu verringern. Folgende drei Aspekte sind dabei entscheidend: Information, Diagnostik und Förderung sowie die Kooperation mit LRS-Expert*innen.

»

Information: Lernentwicklungsstörungen in Lehrkräfteausbildung und Schulkonzept verankern

Die Lernentwicklungsstörungen und deren Ursachen, Symptomatik und Förderung muss stärker in der Lehrer*innenausbildung verankert werden. Obwohl Schulen in NRW dazu verpflichtet sind, LRS-Beauftragte zu benennen, die für eine Diagnostik, Förderung und Beratung der Kolleg*innen und Eltern zur Verfügung stehen, kann dies vielerorts aufgrund mangelnder zeitlicher und personeller Ressourcen oft nicht umgesetzt werden. Es fehlt an Fortbildung und Vernetzung, sodass Lehrkräfte meistens schon bei einem Anfangsverdacht auf sich allein gestellt sind, um Informationen zu beschaffen und nötige Schritte für das Kind einzuleiten.

Schulintern ist die Verankerung des Themas im Förderkonzept essenziell, sodass zentrale Informationen und Handlungsschritte zur basalen Diagnose und Förderung für jede, auch ungeschulte Lehrkraft direkt umsetzbar sind. In Anlehnung an Strukturen wie zum Beispiel eine Fachkonferenz Deutsch können Lehrkräfte über regelmäßige Schulungen, Informationsveranstaltungen und fachwissenschaftliche Erkenntnisse als Multiplikator*innen Informationen an das Kollegium geben und beratend zur Seite stehen.

Im Zweifel finden Lehrer*innen Fachwissen bei schulnahen Unterstützungssystemen wie Schulpsychologischen Beratungsstellen oder bei den Fachberater*innen der Fachoffensive Deutsch an den Schulämtern.

+++

LRS-Erlass für NRW

bass.schul-welt.de/280.htm

Fachverband integrative Lerntherapie (FiL) e. V.

lerntherapie-fil.de

FiL e. V.: Broschüre *Berufsbild Integrative Lerntherapeutin | Integrativer Lerntherapeut*

t1p.de/berufsbild-lerntherapie

Fachinformationen für Lehrer*innen

t1p.de/lerntherapie-schule

Diagnostik und Förderung verbinden: Nachteilsausgleiche allein bewirken nichts

In NRW regelt der LRS-Erlass die Unterstützung von Schüler*innen mit Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten. Die Diagnose von LRS beginnt in der Schule mit der Beobachtung der Lernausgangslage, insbesondere in der Schuleingangsphase. Eine umfassende Diagnostik durch externe Fachstellen, wie Sozialpädiatrische Zentren oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen unter Berücksichtigung mehrerer Entwicklungsbereiche erfolgt – wenn nötig – meist erst ab der zweiten Klasse, wenn Kinder ausreichend Zeit hatten, grundlegende Fähigkeiten zu entwickeln. Eine frühe Diagnose vonseiten der Schule zur Erfassung der Bedarfe und Ressourcen, zum Beispiel durch Beobachtungen, Lernstandsermittlungen oder standardisierte Testverfahren, ist von großer Bedeutung für eine passgenaue Unterstützung mit Nachteilsausgleichen und Fördermaßnahmen.

Die bundesweit höchst unterschiedlich geregelten Nachteilsausgleiche in Schulen sollen von Beginn an für eine Gleichstellung und Entlastung sorgen, da sie Kindern einen fairen Zugang zu Bildung ermöglichen, ohne sie wegen ihrer Schwierigkeiten zu benachteiligen. Sie schaffen eine Grundlage, die den Fokus auf das inhaltliche Lernen lenkt und nicht auf Hürden wie Rechtschreibfehler. Folgende Nachteilsausgleiche stehen zum Beispiel zur Verfügung:

- verlängerte Bearbeitungszeiten
- Anpassung der Aufgabenstellung, zum Beispiel Vereinfachung der Texte
- Einsatz von Hilfsmitteln wie Rechtschreibprogrammen
- Aussetzung der Rechtschreibbewertung, insbesondere in der Primarstufe
- in besonderen Fällen: Ersatz der Bewertung durch eine verbale Beurteilung

Sie sind jedoch nur wirksam, wenn sie mit gezielter Förderung kombiniert werden, um langfristige Fortschritte zu sichern. Schulinterne Ressourcen zur Unterstützung der betroffenen Schüler*innen durch die Basiskompetenzförderung der sozialpädagogischen Fachkräfte, eine präventive sonderpädagogische Förderung oder zusätzliche Fördergruppen Deutsch

können bereits bei ersten sichtbaren Schwierigkeiten gezielt Kompetenzen stärken, etwa die phonologische Bewusstheit, die visuelle und auditive Wahrnehmung oder erste alphabetische und orthografische Strategien.

Kooperation mit Expert*innen:

Schule kann und muss nicht alles allein leisten

Oftmals erfordern aber die zeitlich sehr langwierigen Schwierigkeiten und zusätzlichen Begleiterscheinung noch gezieltere und umfassendere Maßnahmen, die über eine reine Förderung im Unterricht hinausgehen müssen. Zudem geraten Schulen mit all ihren aktuellen Herausforderungen oftmals an ihre Grenzen, die schulisch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Es mangelt an Personal, Räumen und Zeit, um die wirklich nötigen Ressourcen bereitzustellen und tatsächlich umzusetzen.

Eine Zusammenarbeit mit Lerntherapeut*innen ist eine wertvolle Ergänzung, um eine schrittweise angepasste schulische Förderung zu vertiefen. Bundesweit entstehen zunehmend Multiprofessionelle Teams, die Schulen unterstützen.

Integrative Lerntherapie hilft!

Multiprofessionelle Zusammenarbeit in Schule

Die integrative Lerntherapie ist eine interdisziplinäre Therapieform zur Behandlung von Lern-, Leistungs- und Entwicklungsstörungen schulischer Fertigkeiten – vor allem Legasthenie (Lese- und Rechtschreibstörung) und Dyskalkulie (Rechenstörung). Sie integriert Erkenntnisse und Behandlungsmethoden aus der Psychologie, Psychotherapie, Pädagogik, Kognitionswissenschaft und Medizin sowie den Fachdidaktiken von Deutsch und Mathematik. Der multimodale Förderansatz befasst sich mit den individuellen Inhalten des gestörten Lernprozesses und berücksichtigt dessen Wirkung auf die psychische Verfassung und Einstellung der Lernenden und auf das Umfeld. Die integrative Lerntherapie unterstützt Schüler*innen dabei, insbesondere die Schlüsselkompetenzen Schriftsprache (Lesen / Schreiben) und Mathematik aufzubauen, und leistet Hilfe zur Eingliederung in die Gesellschaft.

ANNAS WEG ZUM LESEN UND SCHREIBEN | 2

Seit drei Monaten kooperiert die Schule mit einer Lerntherapeutin. Anna profitiert bereits von der Zusammenarbeit. Jeden Dienstagvormittag arbeitet sie in kleinen Schritten an ihren Lese- und Schreibfähigkeiten. Mit jedem kleinen Erfolg wächst ihr Selbstvertrauen, sie geht wieder mit Freude in den Unterricht. „Weißt du was? Ich schaff das!“, ruft sie fröhlich, als sie nach der Lerntherapie in die Klasse zurückkommt. Die Lehrerin und die Therapeutin stehen in regelmäßigem Austausch, um sicherzustellen, dass Anna das Gelernte auch im Unterricht anwenden kann.

Anna hat ihren Weg zum Lesen und Schreiben gefunden – und zeigt uns allen, wie wichtig ein unterstützendes Umfeld ist. Aber: Während das Schulsystem in NRW bereits wichtige Ansätze bietet, reichen diese häufig nicht aus, um allen Schüler*innen mit LRS eine optimale Förderung zu gewährleisten. Mehr Investitionen in Personal und Fortbildungen sowie die Einbindung von Lerntherapeut*innen wären notwendig, um das System nachhaltig zu stärken und Kindern wie Anna langfristig zu helfen. //

Dr. Irene Corvacho del Toro

Hochschullehrerin am germanistischen Seminar
der Universität Siegen und Mitherausgeberin
der Zeitschrift *Lernen und Lernstörungen*

Prof. Dr. Nicole Ramacher-Faasen

Professorin für Kindheitspädagogik an der Internationalen
Hochschule sowie selbstständige Sprach- und Lerntherapeutin

M. Ed. M. Sc. Elina Schürmann

Sonderpädagogin, Psychologin für kindliche Lern- und
Entwicklungsstörungen und Integrative Lerntherapeutin (FiL)

Sprache ist mehr als das gesprochene Wort

Sprache ist der Schlüssel zur Welt – dieser Leitsatz wird auf der politischen Bühne gern verwendet, hat in der praktischen Umsetzung jedoch einen Haken: Zur flächendeckenden Sprachförderung in Kitas fehlen mehr Ressourcen denn je. Wie steht es um die Sprachkompetenzen der unter Sechsjährigen? Was bewirken die alltagsintegrierte Sprachbildung und das Förderprogramm *Sprach-Kitas* vor Ort?

1.300 Kitas profitieren im laufenden Kitajahr von dem Förderprogramm *Sprach-Kitas*, das das Land NRW nach sieben Jahren Laufzeit auf Bundesebene seit Juli 2023 weiterführt. „Das abrupte Ende des Bundesprogramms haben wir seinerzeit heftig kritisiert und uns sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene für die Fortsetzung stark gemacht“, erinnert sich Stephan Osterhage-Klingler, stellvertretender Vorsitzender der GEW NRW. „Das Programm hätte nicht beendet und auf die Länder abgewälzt werden dürfen, sondern ausgebaut werden müssen. Seine Zukunft ist jetzt unklar.“ Immerhin: 38 Millionen Euro sind in NRW im Haushaltsjahr 2025 für das Programm *Sprach-Kitas* eingeplant, eine Verpflichtungserklärung über 21 Millionen Euro bis Mitte 2026 ist unterzeichnet. Und danach?

Alltagsintegrierte Sprachbildung in den Fokus rücken

Der Titel *Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist* schmückt zwar das Förderprogramm, Chancengleichheit für alle Kitakinder kann es bislang jedoch nicht sicherstellen: „Das Budget reicht nur für knapp zwölf Prozent der Kitas in NRW“, weiß der GEW-Experte. Mit den Mitteln können sie je eine halbe Stelle für eine zusätzliche Fachkraft für sprachliche Bildung sowie eine prozessbegleitende Fachberatung finanzieren, die bei der alltagsintegrierten Sprachförderung unterstützen – jene Methode, die in allen Kitas angewendet wird, ob mit oder ohne Fördermittel.

Fachberater*innen wie Cosima Zimmermann von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Kreisverband Heinsberg e. V. sind dafür zuständig, alltagsintegrierte Sprachbildung weiter in den Fokus zu rücken – auch dann, wenn andere Themen gerade mehr Raum einnehmen: „Das geschieht immer im Austausch und in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Einrichtungen. Es geht darum, ein gemeinsames Verständnis zu fördern, dass Sprache mehr ist als das gesprochene Wort, es geht um zwischenmenschliche Beziehungen und um Teilhabe an einer Gemeinschaft“, sagt sie. Dabei spielten nicht nur konkrete Methoden eine Rolle, die im Alltag angewendet werden können, sondern auch Strategien, wie zum Beispiel das Verbalisieren eigener Handlungen oder das Benennen der Gefühle der Kinder. „Ziel ist es, ihnen zu helfen, einen breiten Emotionswortschatz zu entwickeln.“

Beziehungen aufbauen und als Vorbild wirken – Sprachbildung als Querschnittsaufgabe

Stefan Raffelsieper ist seit 25 Jahren als Erzieher in unterschiedlichen Kitas tätig und hat eine Zusatzqualifikation für Sprachbildung absolviert: „Die Vermittlung von Sprache und Sprechkompetenz hängt unmittelbar mit Beziehungen zusammen. Und um Beziehungen aufzubauen und als Vorbild zu wirken, brauchen wir Zeit. Zeit, die wir aktuell im Kitaalltag kaum haben“,

beklagt er. Genau wie seine Bildungsgewerkschaft ist auch Stefan Raffelsieper Befürworter der alltagsintegrierten Sprachbildung und -beobachtung. Vor zehn Jahren wurde die Methode in NRW eingeführt und bei einer Tagung Mitte Dezember 2024 Bilanz gezogen. Mit dabei war Renate Zimmer, Erziehungswissenschaftlerin und Mitbegründerin des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe). Sie war maßgeblich an den Empfehlungen zur alltagsintegrierten Sprachbildung und -beobachtung beteiligt und hat das Programm von 2014 bis 2018 wissenschaftlich begleitet: „Kern der alltagsintegrierten Sprachbildung ist, dass sie als Querschnittsaufgabe und durchgängiges Prinzip im Kitaalltag verstanden wird. Sie muss durch das gesamte Team einer Kita geleistet werden. Es ist Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte, Sprachförderung gezielt, aber dennoch dem kindlichen Entwicklungsstand angemessen – das heißt spielerisch – in den Alltag zu integrieren. Es werden keine speziellen Fördersituationen initiiert, sondern der Alltag wird für sprachliche Anregung und Begleitung genutzt“, sagt die Erziehungswissenschaftlerin. Von Kolleg*innen aus der Praxis hört Renate Zimmer, dass die Kinder so eine größere Sprechfreude entwickelten.

Corona-Maßnahmen haben bis heute negative Auswirkungen auf die Sprachentwicklung

„Die Mimik vertrauter Personen spielt für die Kinder eine große Rolle im Kitaalltag – während der Corona-Pandemie mit Maske im Gesicht konnten uns die Kinder nicht mehr wie gewohnt beim Sprechen beobachten“, berichtet Stefan Raffelsieper. Corona habe ein großes Loch in die Sprachentwicklung gerissen. Das kann auch Renate Zimmer bestätigen: „Die Schließung von Kindertageseinrichtungen führte gerade bei den Kindern, die zu Hause kein adäquates Sprachvorbild hatten, zu erheblichen Beeinträchtigungen, die viele Kinder auch jetzt noch nicht aufgeholt haben.“ Nicht nur mit verdecktem Gesicht unterstütze deshalb die Gestik bei der Sprachbildung: „Ich setze regelmäßig Handzeichen und Körperhaltung aus der Gebärdensprache ein“, sagt Stefan Raffelsieper.

„Bei alltagsintegrierten Konzepten sind eher positive Effekte auf die Sprachentwicklung von Kindern mit Sprachförderbedarf nachgewiesen“, berichtet

Renate Zimmer. Sprachförderung müsse so früh wie möglich ansetzen – nicht erst im Alter von vier Jahren oder kurz vor dem Übergang in die Grundschule. „Die Forschung zeigt, dass additive Sprachfördermaßnahmen, die losgelöst vom pädagogischen Alltag stattfinden und die kindliche Lebenswelt nur unzureichend berücksichtigen, sich als wenig wirksam erweisen“, so Renate Zimmer.

Mehrsprachigkeit als Bereicherung wahrnehmen und Sprachförderung durch Bewegung

„Wir benennen die Dinge zum Beispiel beim Tischdecken: Teller, Besteck, Essen, Trinken. Und dabei können wir mit Präpositionen arbeiten: Gabel auf die linke Seite, Messer auf die rechte, das Glas steht oben. So stellen wir die visuelle Verknüpfung für die Kinder her“, erzählt Erzieher Stefan Raffelsieper. Besonders wertvoll sei es, wenn Kolleg*innen die diversen Familiensprachen der Kinder sprechen und Mehrsprachigkeit in Kitas gelebt würde. „Rund 30 Prozent der Kitakinder wachsen in Familien auf, in denen vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird“, weiß Stephan Osterhage-Klingler. Auch dies müsse bei der Sprachförderung – insbesondere bei der alltagsintegrierten – berücksichtigt werden.

In der AWO-Kita Lütticher Straße in Geilenkirchen hat man das längst erkannt und im Konzept verankert. Dafür konnten Einrichtungsleiterin Sonja Wirtz und »

„Die Vermittlung von Sprache und Sprechkompetenz hängt unmittelbar mit Beziehungen zusammen. Und um Beziehungen aufzubauen und als Vorbild zu wirken, brauchen wir Zeit. Zeit, die wir aktuell im Kitaalltag kaum haben.“

STEFAN RAFFELSIEPER

Erzieher und Mitglied der GEW NRW

„Pädagogische Fachkräfte nehmen eine Schlüsselfunktion ein, von ihrem sprachförderlichen Verhalten hängt der Erfolg der Sprachförderung in hohem Maße ab.“

RENATE ZIMMER

Erziehungswissenschaftlerin

Fachberaterin Cosima Zimmermann Ende Oktober 2024 den Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung* entgegennehmen: „Mehrsprachigkeit wird hier nicht als eine Besonderheit einzelner Kinder, sondern als Normalfall betrachtet. Die meisten Kinder in der Einrichtung sprechen zu Hause noch eine weitere Sprache, und alle Kinder bringen individuelle Familiensprachen mit, die wertgeschätzt werden“, sagt Cosima Zimmermann. Außerdem sei der Austausch mit den Eltern zentral für die Sprachbildung: „Die Mitarbeitenden bemühen sich, einzelne Wörter und Sätze in den Sprachen der Kinder zu lernen und diese im Alltag mit Freude zu verwenden. Das wirkt sich positiv auf die Beziehung zwischen den Familien und dem Team aus. Leitung und Team zeigen den Eltern, dass ihre Familiensprache als Bereicherung

wahrgenommen wird“, erzählt die Fachberaterin. Sobald eine neue Sprache in die Kita käme, werde sie in das mehrsprachige Geburtstagslied der Einrichtung aufgenommen und Eltern werden eingeladen, Geschichten in ihrer Muttersprache vorzulesen. „Digitale Übersetzungsprogramme kommen ganz selbstverständlich in der alltäglichen Kommunikation zum Einsatz – damit die Eltern sowohl verstanden werden als auch selbst verstehen können.“

In ihren Forschungsprojekten hat sich Renate Zimmer unter anderem mit Methoden zur Förderung sprachlicher Kompetenzen wie Bewegung befasst: „Kinder entfalten ihr Sprachpotenzial im sozialen Kontext und auch in Handlungszusammenhängen, die ihre eigenen Interessen berühren. Bewegungsangebote eignen sich hervorragend und bieten Kindern Anlässe

*Der Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung wird von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Kooperation mit der Siemens AG und der Deutschen Bahn AG vergeben.



zum Sprechen, zum Erweitern und Differenzieren ihres Wortschatzes, zum Hören und Einprägen von Satzmustern. Unsere Forschungsergebnisse machen deutlich, dass gerade Kinder, die Deutsch als zweite Sprache erwerben oder mehrsprachig aufwachsen, von einer solchen bewegungsorientierten Sprachförderung profitieren.“

Sprachförderung braucht Zeit für Qualifizierung, Beobachtung und Dokumentation

Zur Umsetzung der alltagsintegrierten Sprachbildung fördert das Land NRW seit 2014 vertiefende Qualifizierungsmaßnahmen. Um die sprachlichen Kompetenzen der Kinder kontinuierlich und systematisch zu beobachten und zu dokumentieren, werden in den NRW-Kitas die Verfahren der Begleitenden alltagsintegrierten Sprachbeobachtung in Kindertageseinrichtungen (BaSiK) sowie je nach Alter und Familiensprache der Kinder Sismik (Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrant*innenkindern in Kindertageseinrichtungen), Seldak (Sprachentwicklung und Literacy bei deutschsprachig aufwachsenden Kindern) oder Liseb (Literacy und Sprachentwicklung beobachten) durchgeführt. Sie sind wissenschaftlich überprüft und eignen sich auch dazu, den Prozess der Sprachentwicklung zu begleiten. Deshalb werden alle pädagogischen Fachkräfte des Landes in diesen Beobachtungsverfahren von speziell ausgebildeten Multiplikator*innen weitergebildet. Renate Zimmer fordert: „Diese Qualifizierung des Personals muss unbedingt fortgesetzt werden. Regelmäßige Beobachtung und Dokumentation sind erforderlich, um den individuellen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden aber auch, um Fortschritte zu dokumentieren und besondere Unterstützungsbedarfe zu erkennen und festzuhalten.“

Mit der Anfang Dezember 2024 veröffentlichten Personalverordnung für Kitas würde allerdings der Grundstein für gescheiterte Bildungsbiografien gelegt werden, kritisiert Kitaleiterin Angelika Brodesser im Onlineinterview für die GEW NRW. „Ergänzungskräfte können nicht das bewältigen, was ausgebildete Fachkräfte leisten. Hier stellt die neue Personalverordnung die Weichen leider genau in die falsche Richtung und öffnet einer Deprofessionalisierung Tür und Tor. Gerade mit Blick auf die Vielzahl der Kinder, die Sprachförderung benötigen – und zwar

auch unabhängig von ihrer Muttersprache –, ist eine flächendeckende alltagsintegrierte Sprachbildung nur sinnvoll“, betont Stephan Osterhage-Klingler, „und dafür benötigen wir gut ausgebildetes Fachpersonal.“ Es bleibt zu hoffen, dass nach dem bisher geplanten Ende des Förderprogramms Sprach-Kitas in NRW im Sommer 2026 neue Konzepte folgen. „Die Erfahrung der vergangenen zehn Jahre zeigt, dass die pädagogischen Fachkräfte weiterhin eine kontinuierliche Begleitung durch Fortbildung und durch Fachberatung brauchen. Pädagogische Fachkräfte nehmen eine Schlüsselfunktion ein, von ihrem sprachförderlichen Verhalten hängt der Erfolg der Sprachförderung in hohem Maße ab“ – dessen ist sich Renate Zimmer sicher. Mit den Sprach-Kitas und den plusKitas seien Grundlagen vorhanden, die weiter ausgebaut werden müssen. „Insgesamt ist damit eine frühe und durchgängige Förderung der Kinder mit Unterstützungsbedarf möglich“, sagt die Erziehungswissenschaftlerin. //

Sherin Krüger

freie Journalistin

+ + +

KiTa.NRW: Infos und Broschüren zur alltagsintegrierten Sprachbildung
t1p.de/alltagsintegrierte-sprachbildung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Rückschau Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“
t1p.de/bundesprogramm-sprach-kitas

LWL-Landesjugendamt: Rundschreiben 05/2024 Antragsverfahren Sprachkitas ab 2024
t1p.de/lwl-antrag-sprachkitas

Renate Zimmer: Sprache bewegt – Bewegte Sprache. Ansätze einer alltagsintegrierten Sprachbildung und Sprachförderung
t1p.de/zimmer-sprache-bewegt

GEW NRW: Angelika Brodesser im Interview: Neue Kita-Verordnung bringt extreme Belastungen
gew-nrw.de/personalverordnung-kita

✉ **MAREIKE BADZIONG**

Mit einiger Verwunderung habe ich festgestellt, dass das Cover der neuen lautstark. mit KI erstellt worden sein muss. Haben Sie sich das Bild eigentlich einmal genauer angesehen, bevor die Zeitschrift in den Druck ging? Ist Niemandem die seltsam verformte Hand des Mädchens aufgefallen? Außerdem sieht das Megafon doch recht funktionsuntüchtig aus. Ich meine, wohin verschwindet das Kabel und woher kommt es? [...]

Eine Zeitschrift, die von einer Gewerkschaft herausgebracht wird, sollte den Wert von Fotos und Bildern, die von Profis erstellt wurden (und die dafür selbstverständlich angemessen bezahlt werden wollen), zu schätzen wissen. Eine deutliche Kennzeichnung von KI-Bildern sollte jedoch in jedem Fall eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn man das aus welchen Gründen auch immer nicht kann oder will, sollte das Titelbild wohl lieber weiß bleiben.

(KI und Ethik in Schule und Beruf könnte auch ein schönes Thema für ein Heft sein.).

zu lautstark. 05/2024: Schwerpunkt Kinderrechte – Lasst uns mitreden!

✉ **ULRICH BALD**

Beide Autoren bleiben in theoretischen Überlegungen stecken, erörtern nicht, was, wer, wie, wo in Schule und Gewerkschaft geändert werden muss, damit allen Kindern [...] gleichberechtigt Möglichkeiten zur schulischen Entwicklung und die sich daraus ergebenden Chancen für das berufliche Leben ermöglicht werden. [...] Schule kostet Geld, besonders dann, wenn allen Kindern die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden. [...] Eine Hochsteuerpolitik, eingeschlossen Vermögens-, Luxus und Erbschaftssteuern – in Deutschland Fremdwörter. Macht Kapital frei für Bildungs- und Sozialpolitik, die im Norden Europas vorbildlich ist. [...]

zu lautstark. 05/2024: Gehört werden ist nicht genug und Die Grundlagen unserer Demokratie stärken

✉ **NORBERT ARNOLD**

Die erneute Thematisierung der Ökonomisierung der Bildung ist zu begrüßen. Diesen Bestrebungen mit einem umfassenden Maßnahmenpaket entgegenzutreten ist zielführend, so es denn umgesetzt wird. Es fehlt eine selbstkritische Aufarbeitung des bisherigen Umgangs der GEW NRW mit der Thematik und insbesondere mit der Bertelsmann Stiftung, mit der man – so ein Beschluss des Gewerkschaftstags der GEW Bund aus 2009 – nicht über eine Kontaktpflege und einen Positionsaustausch hinausgehend zusammenarbeiten wollte. Dieser Beschluss ist nach meiner Kenntnis nie aufgehoben worden, gleichwohl wurde dagegen immer wieder verstoßen. Auf dem Gewerkschaftstag der GEW NRW 2019 wurde beschlossen, der Landesvorstand möge eine Studie in Auftrag geben, die die Aktivitäten und strategischen Ziele der Bertelsmann Stiftung, vor allem im Bildungsbereich, untersucht. Im Rahmen des Schwerpunktthemas wäre es sinnvoll gewesen, über diesen Antrag und seine weitere Behandlung zu berichten. Ich habe allerdings den Eindruck, dass es nichts zu berichten gibt.

Dies ist vor dem Hintergrund der Beteiligung der GEW am „Bildungsdialog für Deutschland“ – hier ist auch Bertelsmann engagiert – umso bedauerlicher. Wenn man es, was nachvollziehbar ist, als sinnvoll erachtet, sich an diesem Dialog zu beteiligen, sollte man es aber nicht unterlassen, Stiftungen und Unternehmen beständig für ihre Politik der fortschreitenden Ökonomisierung der Bildung öffentlich zu kritisieren. Da reicht ein Artikel im Mitgliedermagazin nicht aus.

zu lautstark. 04/2024: Schwerpunkt Ökonomisierung – Bildung als Ware

LIEBE LESER*INNEN,

wir sind gespannt auf eure Meinungen – schickt sie uns per E-Mail an leserbrief@lautstark-magazin.de. Damit möglichst viele Zuschriften Platz finden, behalten wir uns Kürzungen vor.

lautstark.-Redaktion

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität



Damit Sprachen Türöffner bleiben

Die Situation für Sprachlehrkräfte an den Volkshochschulen (VHS) ist prekär: Sie erhalten je nach kommunaler Finanzlage unterschiedliche Honorarzählungen, müssen für verschiedene Anbieter arbeiten und sind sozial nicht abgesichert. Aus Sicht der GEW NRW muss sich das dringend ändern.

Polnisch lernen in Gelsenkirchen, Niederländisch lernen in Moers. Dazu Türkisch in Köln und Arabisch in Ahlen. Das Sprachenangebot in den Volkshochschulen des Landes verrät viel über die Gründe, im Erwachsenenalter eine Fremdsprache zu lernen. Die eigenen Wurzeln erkunden, die Menschen im Nachbarland verstehen, Interesse an den „anderen“ Sprachen in der Familie, der Wille, sich beispielsweise in der Flüchtlingshilfe zu engagieren.

Honorarsätze von Fremdsprachenlehrkräften sind in jeder Kommune unterschiedlich hoch

Sprachkurse an der VHS sind Teil eines breit gefächerten Kursprogramms. Die Kursleiter*innen sind Soloselbstständige, ihnen wird meist ein einheitlicher Honorarsatz gezahlt. Da das Budget für Honorare aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden muss, sind die Unterschiede im Verdienst im Vergleich der Kommunen untereinander entsprechend groß. Sie reichen von aktuell 17 Euro, die teils an der VHS Castrop-Rauxel gezahlt werden, bis zu 35 Euro an der VHS Krefeld. Castrop-Rauxel zählt dabei zu den Kommunen mit dem geringsten Steueraufkommen in Nordrhein-Westfalen. Aber auch dort, wo hohe Einnahmen aus Gewerbesteuern zu verzeichnen sind, geht es den Sprachlehrenden nicht viel besser.

Mit Chérif Bouharroun hat die Kölner VHS einen guten Fang gemacht. Der in Frankreich ausgebildete Geschichtslehrer kam vor 32 Jahren an die Weiterbildungseinrichtung – mit seinem frisch an der Kölner Uni erworbenen Magisterabschluss in Germanistik und Romanistik. Damals honorierte die VHS eine Stunde Sprachunterricht mit umgerechnet 16,50 Euro brutto. Ein

Honorarsatz, der für Soloselbstständige einem Nettostundensatz von rund 8 Euro entspricht. In den Folgejahren musste der Französischdozent zusehen, wie das Honorar für Deutsch als Fremdsprache (DaF) immer weiter angehoben wurde. Zum Zehnjährigen der 2005 eingeführten Integrationskurse erhöhte die Bundesregierung den Honorarsatz für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) auf 35 Euro. Daraufhin setzten die DaF-Lehrer*innen an der VHS Köln unterstützt von der GEW durch, dass Unterricht in Deutsch als Fremdsprache unabhängig vom Stundendeputat ebenfalls mit 35 Euro honoriert wird. Für Fremdsprachenunterricht hingegen wurde der Satz auf 22 Euro eingefroren. Eine Diskrepanz, die viele Sprachlehrende der VHS Köln empört (→ Infokasten).

Struktur des Weiterbildungssystems sorgt für Benachteiligung von Dozierenden in der Erwachsenenbildung

Hinzu kommt: Die Kluft zwischen dem fest angestellten Personal an den Volkshochschulen und den freien Dozierenden in der Erwachsenenbildung hat sich in den vergangenen 15 Jahren laut Studien quantitativ und hinsichtlich der sozialen Stellung enorm vergrößert. Die Hauptursache dafür ist die Struktur des Weiterbildungssystems. Die Lehrtätigkeit an Volkshochschulen wird durch das NRW-Weiterbildungsgesetz ausschließlich als „nebenberufliche“ Honorartätigkeit eingestuft. Werden die Zuweisungen des Landes erhöht, gehen die VHS-Lehrkräfte regelmäßig leer aus. Sie werden nach kommunalen Honorarordnungen bezahlt, die sich zumeist weder an Qualifikation noch an Erfahrung orientieren. Dass dies nicht so sein muss, zeigt das Beispiel Berlin. Dort werden die Honorarstufen seit

den 1980er-Jahren an der Qualifikation respektive Erfahrung ihrer Lehrkräfte bemessen. Für gut 20 Prozent der freiberuflichen Lehrkräfte gilt zudem ein besonderer Status: die Arbeitnehmerähnlichkeit. Wer zu diesem Kreis gehört, erhält seit 2013 einen Aufschlag in Höhe des Arbeitgeberanteils in der Sozialversicherung, die finanzielle Abgeltung des Urlaubsanspruchs sowie Honorarfortzahlung im Krankheitsfall.

Status arbeitnehmerähnlich ist für Sprachlehrkräfte schwer erreichbar

Auch wenn dieses Vorgehen hier und dort Nachahmung gefunden hat und hilft, die prekäre Situation von Soloselbstständigen in der Weiterbildung zu verbessern, profitieren Sprachlehrkräfte allein deshalb nicht von solchen Regelungen, weil sie nicht selten für verschiedene Anbieter arbeiten müssen. Kaum eine Fremdsprache wird in dem Umfang angeboten, dass die Unterrichtsstunden sich so stark summieren, wie es für den Status arbeitnehmerähnlich notwendig wäre. Ganz abgesehen davon, dass der Status dort, wo er gilt, häufig erst erkämpft werden musste mit der Androhung, die VHS zu verlassen, oder gar durch juristische Mittel. Was muss die Politik nun tun, um die Lehrenden aus der Misere zu holen?

Für freiberufliche Lehrkräfte wie Chérif Bouharroun fordert die GEW NRW, dass die Landesregierung eine angemessene Mindesthonorierung verbindlich festschreibt – analog dem Mindesthonorar in den von der Bundesregierung geförderten Integrationskursen. Für die Soloselbstständigen müssen außerdem Standards zur sozialen Absicherung etabliert werden. Dies ist im Übrigen auch eine Forderung des Landesverbands der Volkshochschulen NRW. Gelingt es nicht, deutliche Verbesserungen für die Sprachlehrer*innen herbeizuführen, verdunkelt sich die Aussicht auf eine kulturoffene, mehrsprachige Gesellschaft auch mangels Angebot an bezahlbaren Sprachkursen. //

Klaus F. Mautsch

Dozent für DaF / DaZ sowie Mitglied im Landesfachgruppenausschuss Erwachsenenbildung der GEW NRW

INITIATIVE FAIRE HONORARE AN DER VHS KÖLN

Nach einem gescheiterten Anlauf 2021 forderten Spanisch-Dozierende der Kölner VHS im November 2024 die neue Leiterin in einem offenen Brief auf, sich in der Kommune für faire Honorare einzusetzen. „Wir fühlen uns von der VHS Köln weder wertgeschätzt noch gerecht behandelt, da die DozentInnen im Bereich Deutsch als Fremdsprache ein deutlich höheres Honorar erhalten“, heißt es in dem Brief.

In kurzer Zeit fanden sich 95 Unterzeichner*innen quer durch alle Fachbereiche. Doch diese Aktion ist erst der Anfang. Denn seit Langem stehen die engagierten Lehrkräfte einer politischen Mehrheit im Kölner Stadtrat aus CDU, Grünen und Volt gegenüber, die eine Beseitigung des Honorarunterschieds verweigert. Ob die Parteien diese Haltung im kommenden kommunalen Wahlkampf beibehalten wollen, wird sich zeigen.

+++

Weiterbildungskonferenz am 16.10.2023 mit Anhörung von Sachverständigen der Universität Duisburg-Essen des Wissenschaftsausschusses Fachkräftegewinnung und -sicherung in der Weiterbildung
t1p.de/sachverstaendige-weiterbildungskonferenz-2023

Stellungnahme des Landesverbands der VHS NRW zur Anhörung des Wissenschaftsausschusses Fachkräftegewinnung und -sicherung in der Weiterbildung
t1p.de/stellungnahme-nrw-landesverband-vhs-2023

Profis brauchen **MEHR**

Die Verhandlungen der TVöD-Tarifrunde haben Ende Januar 2025 begonnen und gehen Mitte Februar in die zweite Runde. Damit du als TVöD-Beschäftigte*r weißt, wofür sich deine GEW stark macht, haben wir die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften zusammengestellt.



**8 PROZENT
MINDESTENS
350 EURO**

Über eine Laufzeit von 12 Monaten sollen die Entgelte der Beschäftigten im Volumen von 8 Prozent erhöht werden, mindestens sollen sie aber 350 Euro mehr Gehalt im Monat erhalten. Die Forderungen sind zwar im Vergleich zu aktuellen Tarifabschlüssen in anderen Branchen ambitioniert – zum Beispiel forderte die IG Metall zuletzt knapp 6 Prozent mehr Gehalt bei einer 25-monatigen Laufzeit –, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sehen jedoch einen Nachholbedarf für die vergangenen Jahre. Die Forderung nach mehr Gehalt setzt ein deutliches Zeichen: Jetzt ist der falsche Zeitpunkt, bei den Beschäftigten zu sparen. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst braucht qualifizierte Fachkräfte. Nur wenn die Bezahlung stimmt, können die Arbeitgeber Fachkräfte gewinnen und halten.

Des Weiteren fordern die Gewerkschaften einen besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen. So sollen zum Beispiel Schichtzulagen und Zeitzuschläge für Überstunden erhöht werden. Durch diese Erhöhungen sollen Sonderformen der Arbeit beziehungsweise Arbeit zu ungünstigen Zeiten für Arbeitgeber teurer und daher möglichst vermieden werden – also am Ende für Entlastung der Beschäftigten sorgen. //

Mit der Einrichtung eines Meine-Zeit-Kontos sollen Beschäftigte die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeitszeit individuell zu gestalten. Ausgenommen hiervon sind Nachwuchskräfte. Nach Forderung der Gewerkschaften soll es folgendermaßen umgesetzt werden:

- Mit dem Meine-Zeit-Konto gibt es eine monatliche Berechnung der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, Ausgleichszeitraum genannt.
- Am Ende des Ausgleichszeitraums entscheiden die Beschäftigten, ob die zusätzliche Arbeitszeit einschließlich der Überstundenzuschläge ausgezahlt oder auf das Meine-Zeit-Konto gebucht wird.
- Auf das Meine-Zeit-Konto können Beschäftigte außerdem Entgelterhöhungen, zusätzliche freie Tage, Überstunden, Zeitzuschläge und Teile der Jahressonderzahlungen buchen lassen.
- Das Meine-Zeit-Konto können Beschäftigte insbesondere nutzen, um ihre wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren oder für zusätzliche freie Tage und längere Freistellungsphasen. //



+++

Lies hier die ausführlichen
Forderungen *Was die GEW für
TVöD-Beschäftigte fordert*

gew-nrw.de/tvoed-forderungen-2025

Weitere Infos zur TVöD-Tarifrunde:

Profis brauchen mehr!

gew.de/MEHR

Aktuelles per E-Mail zur
TVöD-Tarifrunde erhältst du
über das GEW-Tariftelegramm

gew.de/tarif/tvoed/tariftelegramm-tvoed

PROFIS WERDEN LAUT

Für die TVöD-Tarifrunde bieten wir erneut Materialien an, mit denen die GEW auf der Straße sichtbar und laut ist: von Mützen und Schals über Lärmartikel bis hin zu Riesenluftballons und Klatschpappen. Bestellen kannst du alle Artikel im GEW-Shop.

Hier geht's zum GEW-Shop

tip.de/gew-shop-organisationsartikel

>>



**AUF IN DIE GEWERKSCHAFT.
AB IN DEN EXTRAURLAUB.**

Neben der Forderung nach drei zusätzlichen freien Tagen für alle TVöD-Beschäftigten fordern die Gewerkschaften für Gewerkschaftsmitglieder einen zusätzlichen freien Tag.

Eine Mitgliedervorteilsregelung wurde in einem Flächentarifvertrag erstmals durch den Abschluss für die Chemieindustrie 2024 von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) durchgesetzt. Um ausreichend Druck zur Durchsetzung dieser Forderung zu machen, hat die IGBCE eine seit fast 50 Jahren bestehende Schlichtungsvereinbarung gekündigt. //

„Wir kämpfen mit unserem Engagement und unseren Beiträgen für gerechte Arbeitsbedingungen sowie gute Bezahlung für alle Beschäftigten. Eine Vorteilsregelung belohnt den Einsatz, schafft Anreize, Mitglied zu werden, und sorgt somit für starke Gewerkschaften.“

ANGELIKA BRODESSER

Mitglied im Leitungsteam des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit, Fachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe sowie Mitglied im Ausschuss für Tarifpolitik der GEW NRW

JETZT KOMMT ES AUF UNS ALLE AN

8 Prozent, aber mindestens 350 Euro mehr im Monat – mit diesen Forderungen sind wir Ende Januar 2025 in die TVöD-Tarifverhandlungen gestartet. Aber in dieser Tarifrunde geht es um mehr – es geht um Entlastung, um Arbeitszeit, um freie Tage und um Altersteilzeit.

In der Vorbereitung der TVöD-Tarifrunde haben die Gewerkschaften etwas Ungewöhnliches getan: Nach langen Diskussionen haben sie die Regelungen zu Arbeitszeit und Urlaub im TVöD gekündigt. Der Hintergrund ist, dass in Deutschland ein Streik nur zulässig ist, wenn ein Sachverhalt erstens prinzipiell durch einen Tarifvertrag regelbar ist und es zweitens nicht bereits eine (ungekündigte) tarifvertragliche Regelung gibt. Nur durch die Kündigung zu Ende 2024 können die Beschäftigten also für flexiblere Arbeitszeitregelungen oder eine Entlastung durch weitere freie Tage streiken.

Vorausgegangen war der Kündigung der Arbeitszeit- und Urlaubsregelung im TVöD eine von ver.di durchgeführte Onlinebefragung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, an der sich mehr als eine viertel Million Menschen beteiligt hatten, darunter auch viele GEW-Mitglieder. Gefragt wurde nach Wünschen zur Arbeitszeit, nach der Belastungssituation und nach den Auswirkungen des Fachkräftemangels. Heraus kam ein recht buntes Bild, das zeigt, wie vielfältig der öffentliche Dienst ist, und damit die Probleme und Wünsche der Beschäftigten. Sehr deutlich wurde aber, dass die große Mehrheit sich Entlastung wünscht, und dass es vor allem Flexibilität und Wahlmöglichkeiten braucht, um die sehr unterschiedlichen Bedingungen zwischen Personen und zwischen Beschäftigungsbereichen unter einen Hut zu bekommen. Hierfür fordern die Gewerkschaften ein Meine-Zeit-Konto, über das die Beschäftigten möglichst frei verfügen können.

Ein besonderes Highlight in der aktuellen Tarifrunde ist die Forderung nach einem Mitgliederbonus: Gewerkschaftsmitglieder sollen einen zusätzlichen freien Tag bekommen. Denn sie machen durch ihren Mitgliedsbeitrag und mit ihrem Engagement Tarifverträge überhaupt erst möglich. Dass am Ende unterschiedslos alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst von den Tarifabschlüssen profitieren, hat viele Gewerkschaftsmitglieder schon immer gewurmt. Umgekehrt haben die Arbeitgeber traditionell – egal in welcher Branche – kein Interesse an starken Gewerkschaften, und sind deshalb vehement gegen Mitgliedervorteilsregelungen. Im öffentlichen Dienst wollen die Gewerkschaften in dieser Tarifrunde den Versuch wagen, diese Blockade zu brechen. Einfach wird das nicht. Aber selten war gewerkschaftliche Gegenmacht so wichtig wie in diesen unruhigen Zeiten. Deshalb: Bringt euch ein, nehmt eure Kolleg*innen mit – zeigen wir den Damen und Herren von der Arbeitgeberbank, wo die Harke hängt! //

Annett Lindner

Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW und
verantwortlich für Tarif- und Beamtenpolitik

Geld, Urlaub oder Freizeit – was darf's sein?

Lebens- und Berufswege sind vielfältig und eine moderne Tarifpolitik sollte den unterschiedlichen Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung tragen. Das Thema Arbeitszeit beschäftigt die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) deshalb schon lange. Sie setzt auf individuelle Wahlmöglichkeiten.

In der Tarifrunde 2016 bei der Deutschen Bahn AG ist der EVG ein echter Durchbruch beim Thema Arbeitszeit gelungen. Sie hat ein Wahlmodell entwickelt und in schwierigen Tarifverhandlungen durchgesetzt, das durch seine Einfachheit besticht: Die Kolleg*innen konnten damals zusätzlich zur vereinbarten Entgelt-erhöhung auswählen zwischen sechs Urlaubstagen, 2,6 Prozent mehr Geld oder mehr Freizeit in Form einer Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Woche.

Moderne Tarifpolitik: Das EVG-Wahlmodell wird vielfältigen Lebens- und Berufswegen gerecht

Vorausgegangen war der Ruf vieler Beschäftigter, mehr über ihre eigene Zeit bestimmen zu wollen. Das hatte eine Mitgliederbefragung der EVG ergeben. Insbesondere Kolleg*innen mit Kindern wünschten sich mehr Freiraum, um Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Aber nicht nur bei Familien mit kleinen Kindern ist Arbeitszeit ein Thema: Die Pflege von Angehörigen stellt immer größere Anforderungen an viele Beschäftigten und auch die Schichtarbeit bringt besondere gesundheitliche Anforderungen mit sich.

Für die Beschäftigten war das EVG-Wahlmodell eine Sensation! Selbst zwischen drei Alternativen entscheiden zu können – das hatte es bisher noch bei keinem Tarifvertrag gegeben. Das hat die EVG als erste Gewerkschaft überhaupt für ihre Mitglieder erreicht.

In der Tarifrunde 2018 hat die EVG ihr Wahlmodell weiterentwickelt und zu den schon vereinbarten sechs Tagen bezahltem Mehrurlaub kamen weitere sechs Tage dazu. Seither können Beschäftigte wählen, ob sie bis zu zwölf Tage bezahlten Mehrurlaub wollen oder entsprechend mehr Geld. Auch bei der Arbeitszeitverkürzung kam 2018 eine weitere Stunde dazu.

Dickes Plus in Zeiten des Fachkräftemangels: Auch für Arbeitgeber lohnt sich das Wahlmodell

Ogleich der Arbeitgeber sich anfänglich heftig diesem Modell widersetzte, nutzt er nun in Zeiten des Fachkräftemangels ebendieses zur Personalneugewinnung. Fahrgäste finden nicht selten auf Tischen im Bordbistro oder an Werbetafeln im Fernverkehr die gezielte Frage des Unternehmens an potenzielle Mitarbeiter: „Du willst selbst zwischen mehr Geld und mehr Urlaub entscheiden?“ Begleitet wurde diese Arbeitgeber-Kampagne auch durch prominente Medienbeiträge, etwa in der *Bild*-Zeitung.

Doch die Eisenbahn ist mehr als nur die Deutsche Bahn. Auf dem Schienennetz in Deutschland führen 2024 mehr als 450 Unternehmen im Personenverkehr – die meisten davon im Regionalverkehr – sowie im Schienengüterverkehr. Um das Branchenniveau einheitlich zu entwickeln, hat die EVG in den meisten EVG-Tarifverträgen mittlerweile das volle Wahlmodell durchsetzen können.

Flexibel wie das echte Leben: Mit dem EVG-Wahlmodell jährlich neu entscheiden

Bei der Wahl zwischen mehr Urlaub, mehr Geld und mehr Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung haben die Beschäftigten zwei klare Favoriten: mehr Urlaub oder mehr Geld. Knapp 50 Prozent haben sich zuletzt für mehr Urlaub entschieden, entweder die vollen

zwölf Tage oder sechs Tage mehr. Die zusätzlichen Urlaubstage sind auch deshalb beliebt, weil sie im Gegensatz zur Arbeitszeitabsenkung rechtlich bindend sind. Weitere knapp 50 Prozent der Beschäftigten entschieden sich für mehr Geld. Welche Option gewählt wird, hängt vor allem von der Lebensphase ab, und weil sich diese Phasen bekanntlich ändern, bleibt auch das EVG-Wahlmodell flexibel: Jedes Jahr können die Kolleg*innen neu zwischen den verschiedenen Optionen wählen.

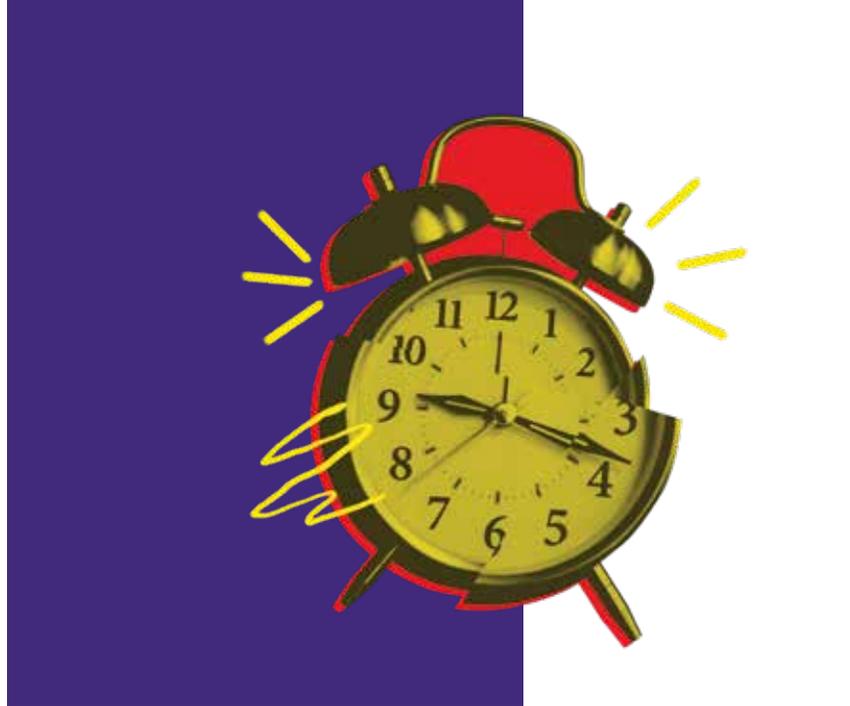
Zukunftsthemen Zeit und Geld: EVG entwickelt Wahlmodelle kontinuierlich weiter

Die EVG bleibt anders als beispielsweise die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) auch in den kommenden Tarifrunden im „Team Wahlmodell“, auch wenn sie ihre Ansätze weiterentwickelt. Weil Arbeitszeitabsenkungen vor allem im Schichtdienst häufig durch Unregelmäßigkeiten im Betriebsablauf verpuffen können, setzt die EVG auf mehr planbare Freizeit, die tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Mitgliederbefragungen zu den Tarifrunden 2024 und 2025 bestätigen, dass das für die Beschäftigten der richtige Weg ist.

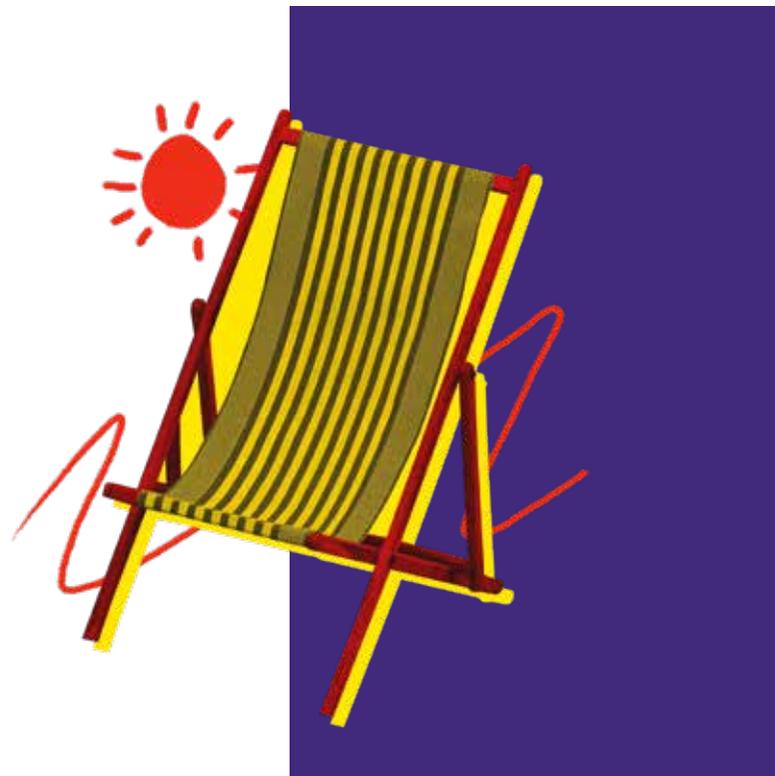
Für die Weiterentwicklung der eigenen Tarifarbeit schaut sich die EVG auch bei ihren Schwestergewerkschaften um. Mit dem tariflichen Zusatzgeld hat beispielsweise die IG Metall ein echtes Erfolgsmodell für ihre Mitglieder entwickelt. In Anlehnung daran hat die EVG bei der Tarifrunde mit den nichtbundeseigenen Bahnen (NE-Bahnen) im Dezember 2024 erstmals das Modell *EVG-ZUG* – kurz für Zusatzgeld – durchgesetzt. Das Besondere daran: Alle erhalten mehr Geld, aber Schichtarbeitende im Wechselschichtdienst, pflegende Angehörige oder Eltern, die Kinder unter 12 Jahren betreuen, erhalten zusätzlich freie Tage. In Zukunft möchte die EVG dieses Modell für besonders belastete Beschäftigte weiterentwickeln, um noch mehr Selbstbestimmung in der Arbeits- und Freizeitgestaltung durchzusetzen. //

Neithard von Böhlen

Vorsitzender des Landesverbandsvorstands
der EVG Nordrhein-Westfalen



„Für die Beschäftigten war das EVG-Wahlmodell eine Sensation! Selbst zwischen drei Alternativen entscheiden zu können – das hatte es bisher noch bei keinem Tarifvertrag gegeben.“



Ein starkes und spürbares Argument auf **unserer Seite**

Für die GEW ist es ein erstes Mal: Sie fordert in der laufenden TVÖD-Tarifrunde einen zusätzlichen freien Tag – nur für Mitglieder. Welche Erfahrungen unsere Schwestergewerkschaft mit solchen Mitgliedervorteilen in Tarifabschlüssen gesammelt hat, erzählt Oliver Heinrich, Tarifvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE).



OLIVER HEINRICH

gehört zum geschäftsführenden Hauptvorstand der IGBCE und ist Verhandlungsführer in der chemischen Industrie.

„Der Mitgliedervorteil ist auch ein gutes Instrument, die Tarifbindung zu stärken – und sollte auch im Sinne der Arbeitgeber sein.“

Was hat die IGBCE bewegt, Mitgliedervorteile zum Bestandteil von Tarifabschlüssen zu machen? Was waren eure Überlegungen?

Oliver Heinrich: Für uns stand und steht fest: Wir verhandeln für unsere Mitglieder. Denn erst sie ermöglichen es uns, mit ihrem Beitrag, Tarifverhandlungen zu führen. Dieses Engagement durch Vorteilsregelungen wertzuschätzen, ist nur fair. Gleichzeitig wurden und werden auch unter unseren Mitgliedern die Rufe nach einem Bonus immer lauter. Und dass es dafür viele gute und vernünftige Lösungen gibt, wissen wir. Das haben wir in vielen Branchen und Unternehmen bewiesen. Keine davon führt zu einer massenhaften Tariffucht auf Arbeitgeberseite oder treibt einen Keil in die Belegschaften. Ganz im Gegenteil: Der Mitgliedervorteil ist auch ein gutes Instrument, die Tarifbindung zu stärken – und sollte auch im Sinne der Arbeitgeber sein.

Welche konkreten Vorteile konnte die IGBCE in vergangenen Tarifrunden für ihre Mitglieder durchsetzen?

Oliver Heinrich: Insgesamt haben wir für mehr als 300.000 unserer Mitglieder in insgesamt 172 Tarifbereichen Vorteile erreicht. Der weit größte Teil der im Betrieb tätigen Mitglieder profitiert also von exklusiven Bonusregelungen. Diese umfassen unter anderem Einmalzahlungen, freie Tage oder ein höheres Urlaubsgeld.

Zunächst hatten wir vor allem Vorteile für Gewerkschaftsmitglieder in Haustarifverträgen und kleineren Flächentarifverträgen ausgehandelt. Mit dem Chemie-Tarifabschluss Mitte 2023 ist es uns gelungen, ein neues Kapitel in der Tarifpolitik aufzuschlagen und erstmals in einem großen Flächentarifvertrag mit knapp 600.000 Beschäftigten einen Vorteil für Mitglieder durchzusetzen. Seit Anfang dieses Jahres gibt es für alle Mitglieder im Chemie-Tarif einen freien Tag zusätzlich. In Jahren mit Mitgliedsjubiläum bekommen sie einen weiteren freien Tag, also im Jahr des Jubiläums insgesamt zwei freie Tage. Jubiläen gibt es nach 10, 25, 40 und 50 Jahren in der IGBCE.

Auch in der papiererzeugenden Industrie mit ihren 46.000 Beschäftigten haben wir mit dem Tarifabschluss Ende November 2024 eine Verhandlungsverpflichtung für einen Mitgliederbonus durchgesetzt. Damit ist klar: Der Mitgliedervorteil kommt. Mehrere mögliche Varianten liegen auf dem Tisch. Welche davon in der Papierindustrie umgesetzt wird, wird in der nächsten Tarifverhandlung Ende 2026 entschieden.

Monatlich profitieren Mitglieder der IGBCE beim Energiekonzern RWE: Seit dem letzten Tarifabschluss erhalten sie zusätzlich dauerhaft 100 Euro mehr im Monat, für Auszubildende sind es 50 Euro.

Wie kommen die Vorteile bei den Mitgliedern an?

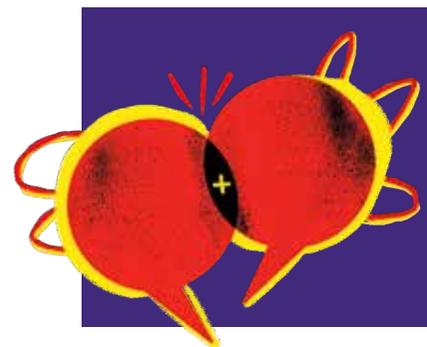
Oliver Heinrich: Von unseren Mitgliedern erhalten wir durch die Bank positives Feedback zu unseren verschiedenen Vorteilsregelungen. Sie sehen ihr gewerkschaftliches Engagement wertgeschätzt. Das ist das, worauf es uns vor allem ankam.

Aber natürlich hilft der Bonus auch bei der Mitgliedergewinnung. Wir hatten einige Tausend mehr Eintritte als üblich. Das gibt uns für kommende Tarifverhandlungen Rückenwind – und das Thema Mitgliedervorteil ist dabei noch längst nicht vom Tisch. Viele unserer anderen Branchen wollen auch tarifvertraglich einen Vorteil für Mitglieder vereinbaren.

Für uns ist natürlich klar, dass es sich immer lohnt, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Mit einem Vorteil für Mitglieder haben wir aber noch ein weiteres, starkes und unmittelbar spürbares Argument dafür auf unserer Seite. //

Die Fragen stellte Anja Heifel-Rohden.

Redakteurin im NDS Verlag





Forderungen mit **Strahlkraft**

Die Tarifverträge TV-L und TVöD für den öffentlichen Dienst sind stark aufeinander bezogen. Warum das so ist und warum Solidarität der Beschäftigten beider Tarifverträge untereinander so wichtig ist, erklärt Joyce Abebrese, Expertin der GEW NRW für Tarifpolitik.

Zwei zentrale Tarifverträge nehmen im öffentlichen Dienst eine entscheidende Rolle ein: der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen (TVöD). Ihr Zusammenhang ist besonders relevant, da beide Verträge oft zeitlich nah beieinander zur Verhandlung stehen und sich gegenseitig beeinflussen. So wurden häufig in einer Tarifrunde neue Standards gesetzt, die in der folgenden Runde des jeweils anderen Vertrags aufgegriffen wurden, so zuletzt geschehen in den Tarifrunden 2023: Nachdem in der TVöD-Runde Anfang des Jahres 2023 neben Gehaltserhöhungen unter anderem auch eine Inflationsausgleichsprämie abgeschlossen wurde, zog die TV-L-Runde zeitverzögert relativ ähnlich in den Auswirkungen nach.

Zeitsouveränität spielt eine große Rolle in der TVöD-Tarifrunde

In der TVöD-Tarifrunde 2025 wird neben den Forderungen zur Gehaltserhöhung auch das Thema Arbeitszeitreduktion eine Rolle spielen. Die Gewerkschaften fordern mehr freie Tage und die Schaffung eines Meine-Zeit-Kontos, auf das Beschäftigte zum Beispiel ihre Gehaltszuschläge, Gehaltserhöhungen oder auch Teile ihrer Jahressonderzahlungen einzahlen können, um dann selbstständig zu entscheiden, wie sie sich diese in Zeit auszahlen lassen. Möglich sein sollte beispielsweise, die wöchentliche Arbeitszeit zu

reduzieren oder zusätzliche freie Tage zu nehmen. Diese Forderungen sind in der Form neu und relevant für die heutige Zeit, in der Zeitsouveränität für einige Beschäftigte eine zentralere Rolle spielt als mehr Geld. Dieses geforderte Wahlmodell würde den Kolleg*innen eine freie Entscheidung ermöglichen.

Sollten in der aktuellen TVöD-Tarifrunde also Verbesserungen für die Beschäftigten bezüglich Arbeitszeit und Zeitsouveränität erreicht werden, hätte dies auch eine große Strahlkraft für die ab Anfang 2026 anstehenden TV-L-Tarifverhandlungen.

Trotz TV-L und TVöD: Der öffentliche Dienst ist nicht zu teilen

Was bedeutet das für die anstehende Tarifrunde? Wir müssen alles geben, um gute Ergebnisse zu erzielen. Wir müssen deutlich machen, warum unsere Forderungen wichtig sind für die Erhaltung und Attraktivierung des öffentlichen Dienstes. Wir müssen deutlich machen, dass die Kolleg*innen auch bereit sind, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen und zu streiken. Und wir müssen deutlich machen, dass der öffentliche Dienst nicht zu teilen ist. //

Joyce Abebrese

Expertin der GEW NRW für Tarifpolitik

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse



Foto: Alena Wiescholek

MENTOR – die Lesehelfer
Bundesverband e. V. sucht
bundesweit Lesementor*innen.

Alle Infos gibt es online:

mentor-bundesverband.de

Die Welt mit anderen Augen wahrnehmen

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW engagiert sich für Leseförderung und Medienbildung in allen Bildungseinrichtungen. Bundesweit stecken Ehrenamtliche viel Herzblut in Buchrezensionen und bieten mit Auszeichnungen, Empfehlungen sowie Materialien Orientierung für die pädagogische Arbeit. Ein Gespräch mit Caroline Wittig, AJuM-Vorsitzende in NRW.

Warum ist Leseförderung für die Bildung von Kindern und Jugendlichen so wichtig?

Caroline Wittig: Aktuelle Untersuchungen zufolge kann ungefähr ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland nicht so lesen, dass sie dem Inhalt folgen und ihn am Ende auch verstehen können. Maßnahmen zur Leseförderung unterstützen Leseverstehen und Lesekompetenz. Dies ist insofern wichtig, als das Lesen eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist. Gleichzeitig möchte ich das Lesen ungern auf funktionale Aspekte beschränken.

Leseförderung braucht es auch, um Kindern und Jugendlichen dabei zu helfen, eine Lesekultur zu entwickeln. Wer regelmäßig aus Genuss und zum Vergnügen liest, kann in neue literarische Welten eintauchen, Fremdheitserfahrungen machen, den Horizont erweitern, kleinere und größere Sprachwunder erleben – und nimmt die Welt dadurch mit anderen Augen wahr. Damit wirken sich Lesen und Literatur auch auf unser alltägliches Leben aus.

Was unternimmt die AJuM, um Lesekompetenz und Lesekultur zu fördern?

Caroline Wittig: Die AJuM hat insgesamt 16 Landesstellen – in jedem Bundesland eine. Die Landesstellen sind untereinander recht gut vernetzt und teilen sich viele Aufgaben und Themengebiete. So hat jede Landesstelle ehrenamtliche Mitglieder, die in regelmäßigen Abständen Neuerscheinungen rezensieren – meist Bücher, aber auch andere Medien wie zum Beispiel Hörspiele und Filme. Die Rezensionen erscheinen dann online in unserer Datenbank, in der Medien nach Kategorien und Schlagwörtern für unterschiedliche Altersgruppen kostenfrei recherchiert werden können.

Die Landesstellen können ihre Arbeit ansonsten sehr frei gestalten. Wir in NRW treffen uns beispielsweise zweimal

jährlich, um die Neuerscheinungen aus Herbst und Frühjahr untereinander zu verteilen und uns über Literatur und das Rezensieren auszutauschen. Für unser nächstes Frühjahrestreffen haben wir einen fachlichen Input geplant, um den inhaltlichen Austausch unter den ehrenamtlich Engagierten noch einmal mehr anzuregen.

2024 haben wir erstmals eine Onlinelesereihe mit Kinder- und Jugendbuchautor*innen aus der Region veranstaltet: Die Reihe macht deutlich, dass Geschichten auch direkt vor unserer Haustür, hier in NRW, entstehen. Gerne würden wir die Lesereihe 2025 fortsetzen, da es noch so viel zu entdecken gibt.

Welche Ziele verfolgt die Arbeitsgemeinschaft mit ihrem Engagement?

Caroline Wittig: Wir beraten pädagogische Fachkräfte, Lehrpersonen, Eltern und alle, die mit Kinder- und Jugendliteratur und -medien arbeiten, und unterstützen bei der Auswahl. Und wir überlegen gemeinsam, wie Literatur und Medien sinnvoll eingesetzt werden können. Dazu hat die AJuM eine Zielvorstellung entwickelt. Denn wir sind überzeugt, dass Leseförderung und Medienbildung nur gelingen kann, wenn Kinder- und Jugendmedien in allen Bildungseinrichtungen fest verankert sind, auch curricular.

DR. CAROLINE WITTIG

ist Lehrkraft für besondere Aufgaben in der Literatur- und Lesedidaktik der Bergischen Universität Wuppertal und Vorsitzende der Landesstelle NRW der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW.



Foto: Victoria Neuman

Ganz wichtig sind in diesem Kontext auch professionell betreute und zielgruppenorientierte Bibliotheken in den Bildungseinrichtungen selbst oder in Kooperation mit Kommunen. Die Ehrenamtlichen setzen sich vor Ort für eine stärkere Vernetzung von Bildungseinrichtungen mit außerschulischen Literatur- und Medienangeboten für Kinder und Jugendliche ein.

Warum engagieren Sie sich in der AJuM und was möchten Sie mit der Arbeitsgemeinschaft erreichen?

Caroline Wittig: Ich persönlich schätze an der AJuM die Vernetzung zwischen Berufsfeldern, Statusgruppen und Disziplinen. Denn Leseförderung ist für mich ganz klar eine Querschnittsaufgabe und wir bringen – ob Lehramtsstudent, Professorin, Bibliothekarin, Erzieher oder Lehrerin – alle unsere eigenen Erfahrungswerte und Expertisen mit. Die Arbeit in der AJuM ermöglicht es, diese verschiedenen Stärken zu bündeln und durch wertschätzenden Austausch voneinander zu lernen. Das halte ich mit Blick auf die Leseförderung für enorm wichtig. //

Die Fragen stellte Sherin Krüger.

freie Journalistin

+++

Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW

ajum.de

campus Stiftung Lesen: Kursangebot zum (Vor-)Lese-Engagement

tip.de/stiftung-lesen-kursangebot

Stiftung Lesen: Vorlesemonitor 2024: Jedem dritten Kind fehlen prägende Vorleseerfahrungen

tip.de/vorlesemonitor-2024

Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund: Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung 2021 (IGLU)

tip.de/iglu-2021

Ein Bund fürs Lesen

In dem kleinen Raum im Souterrain der Brenschenschule in Witten wuselt es: Schulleitung, Organisatorinnen, Lesementorinnen und Lesekinder sind gekommen, um von ihrem Herzensprojekt zu erzählen. Ihr Engagement und ihre Begeisterung sind deutlich spürbar – alle brennen fürs Lesen(lernen)!

Text: Sherin Krüger | Fotos: Alena Wiescholek



MENTOR, das sind Leselernhelfer*innen, die bundesweit in Schulen aktiv sind. In Witten beginnt ihre Geschichte mit Heide Kalkoff (Foto oben: rechts), die sich nach ihrem Renteneintritt weiter engagieren wollte. In mittlerweile über zehn Jahren Ehrenamt hat die ehemalige Kanzleimitarbeiterin 110 Mentor*innen akquiriert und organisiert Lesementor*innen für 15 Wittener Grundschulen.

„Ich bin jetzt 82 Jahre alt und die Arbeit macht mir großen Spaß! MENTOR muss weiter wachsen, da immer mehr Kinder eine Leseförderung benötigen“, erzählt Heide Kalkoff. Zeit ist einer der wichtigsten Faktoren beim 1:1-Betreuungsprinzip, das MENTOR verfolgt. „Die Mentor*innen widmen einem Kind eine Stunde Zeit. Und umgekehrt natürlich auch. Das selbstständige Lesen steht dabei im Fokus, aber es gehört so viel mehr dazu“, weiß die Koordinatorin.





Die Mentor*innen bekommen Unterstützung durch Weiterbildungen, Workshops und Netzwerktreffen. „Der MENTOR Bundesverband schult Mentor*innen, die wiederum neue Mentor*innen in die Arbeit einführen, und veranstaltet jährlich eine Fachtagung für alle Akteur*innen“, erzählt die ehemalige stellvertretende Grundschulrektorin Elke Hasenohr (Foto oben: rechts). „Hier in Witten geben engagierte Lehrkräfte ihr pädagogisches Wissen weiter: zum Beispiel, was Deutsch als Zweitsprache bedeutet und wie das Lesenlernen an Grundschulen funktioniert.“ Sie liest einmal pro Woche mit zwei Kindern an einer anderen Wittener Grundschule.



Unterstützt wird MENTOR Witten vom Team der städtischen Bibliothek. „Die Bibliothek bietet ein ganz besonderes Ambiente. Hier treffen wir uns zum Austausch“, erzählt Heide Kalkoff. Und so profitieren alle von den Erfahrungen einzelner Mentor*innen: „Wir besprechen Probleme, stellen Fragen und finden gemeinsam Lösungen“, sagt Elke Hasenohr (Foto oben: rechts). Bibliotheksleiterin Christine Wolf (Foto rechts) und ihr Team unterstützen das Projekt, wo sie können: „MENTOR Witten stellt zahlenmäßig die meisten Mitglieder im Förderverein der Bibliothek. Die Kooperation ist auch ein Leseförderungsprojekt für uns. Das ist ja unser Auftrag und schafft die Leser*innen von morgen.“





„Wenn ich merke, dass mein Lesekind aufgedreht ist, gehen wir erst mal eine Runde über den Schulhof. Die Kinder haben in der Regel schon fünf Stunden Unterricht hinter sich, wenn die Leseförderung beginnt“, erzählt Britta Fandrey-Groll, die hauptberuflich als Krankenschwester arbeitet. Manchmal lenkt auch Schulhund Oskar vom Lesen ab. Doch selbst nach einem langen Schultag freuen sich durchweg alle auf die Lesezeit. „Sie schätzen die Zuwendung und Zuverlässigkeit sehr“ – zwei weitere wichtige Aspekte des Betreuungsprinzips. Spiele, die Konzentration und Ausdauer fördern, kommen nach dem Lesen zum Einsatz.

+++

Infos zu **MENTOR** in Witten

mentor-litwit.de

Wissenswertes zur Brenschenschule

brenschenschule.de

LESEFÖRDERUNG IN DER DIGITALEN WELT

MENTOR integriert Lese-Apps und Kinderwebseiten in seine Leseförderung und nutzt die Faszination der Kinder und Jugendlichen für digitale Medien, um sie für das Lesen zu begeistern. Dank einer Tablet-Spende kann das digitale Lesen auch in Witten immer öfter stattfinden.

Mehr Infos zum digitalen Lesen

t1p.de/digitales-lesen



Jutta Buhr (Foto oben: Mitte) ist seit zehn Jahren Lesementorin. „Mit der Lehrerin meines ersten Lesekindes war ich damals viel im Austausch. Wir beide konnten seine Entwicklung miterleben; wie es immer selbstbewusster wurde. Und das hat sie so begeistert, dass sie nach ihrem aktiven Berufsleben selbst Lesementorin wurde – das ist doch das schönste Lob für unsere Arbeit!“ Jutta Buhr liest an der Brenschenschule einmal pro Woche mit Niwar aus der 4b und mit Nefeli aus der 3b. Beide mögen Fußballgeschichten. „Ich melde mich jetzt schon öfter zum Vorlesen im Unterricht“, erzählt Niwar. Nefeli ist dafür noch zu schüchtern, verrät sie.



Annette Kraushaar (rechts) und Nicola König-Weber (Mitte) übernehmen die Koordination aufseiten der Schule. „Es entstehen zum Teil ganz enge Bindungen zwischen Lesekind und -mentor*in. Manchmal wollen die Kinder auch einfach nur erzählen. Auch das hilft besonders den Schüler*innen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Sie erweitern in Gesprächen im geschützten Raum ihren Sprachschatz“, berichtet Nicola König-Weber.

„In der Lehrerkonferenz werden die Klassen- und Deutschlehrer*innen befragt und es wird zusammen entschieden, welche Kinder die Einzelförderung am nötigsten haben. Dann holen wir die Einwilligung der Eltern ein und stimmen die Termine mit den Mentor*innen ab“, erzählt Schulleiterin Kim Bremer (links). Dahinter steckt eine Menge organisatorischer Aufwand. „Allein immer einen Raum frei zu haben, bedeutet viel Planung.“ Zwei Schulen in Witten können die Einzelförderung nicht anbieten. „Dort fehlen schlichtweg die Ressourcen wie Personal und Räumlichkeiten“, weiß Heide Kalkoff.



Lernen auf Deutsch, Italienisch und Türkisch

Viele Kinder an nordrhein-westfälischen Grundschulen sind mehrsprachig. Ein Landesprogramm trägt dieser Tatsache Rechnung: 68 Schulen erproben ein Konzept, das neben Herkunftssprachlichem Unterricht (HSU) auch mehrsprachige Angebote für alle Schüler*innen vorsieht. Das fördert nicht nur den Bildungserfolg, sondern auch die Demokratie.



Die Farbkleckse auf dem Blatt sind jeweils dreireihig beschriftet. „Schwarz – Nero – Black“ ist da zu lesen oder „Rot – Rosso – Red“. Das Arbeitsblatt stellt Deutsch, Italienisch und Englisch gegenüber – nur ein Beispiel aus dem mehrsprachigen Unterricht, den die Grundschule Bogenstraße in Solingen seit dreieinhalb Jahren anbietet. Die Idee: Schüler*innen kommen mit möglichst vielen Sprachen in Berührung und erlangen dabei nicht nur ein tieferes sprachliches Verständnis. Sie lernen auch viel über unterschiedliche Werte und Lebensweisen – und entwickeln damit interkulturelle Kompetenz und Offenheit.

Solinger Grundschule nimmt an Landesprogramm teil und setzt die zwei Säulen des mehrsprachigen Unterrichts um

Das Vorgehen ist zentraler Bestandteil des NRW-Landesprogramms *Grundschulbildung stärken durch HSU – Mehrsprachigkeit unterstützt den Bildungserfolg der Kinder*. Die Grundschule Bogenstraße ist seit dem Projektstart am 1. August 2021 dabei. Inzwischen arbeiten landesweit 68 Schulen daran, neue Wege zur Förderung der Sprachbildung von Kindern und Jugendlichen zu finden. Die Umsetzung beruht auf zwei zentralen Säulen: Einerseits gibt es Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) für Schüler*innen aus Familien mit internationaler Familiengeschichte. Hier erlangen Kinder und Jugendliche grundlegende Kenntnisse in ihrer Herkunftssprache. Andererseits sieht das Landesprogramm vor, den Unterricht wo immer möglich mehrsprachig zu gestalten.

An der Grundschule Bogenstraße im Solinger Stadtteil Ohligs kommt das Programm rund 380 Kindern zugute. Der Stadtteil sei traditionell italienisch geprägt, erzählt Schulleiterin Nicole Wrana. „Doch inzwischen spielen auch viele andere Sprachen eine Rolle. Unsere Schüler*innenschaft ist sehr heterogen zusammengesetzt“, sagt die Lehrerin. Neben Italienisch seien etwa auch Türkisch und Polnisch als Herkunftssprachen vertreten. Viele Familien hätten ihre Wurzeln gleich in mehreren Kulturen. „In einigen Fällen ist Deutsch im Laufe der Zeit zur Familiensprache geworden, und die Kinder kommen kaum noch mit ihrer Herkunftssprache in Berührung“, sagt Ilaria Stocchi, die Herkunftssprachlichen Unterricht in Italienisch anbietet. Hier setzt der HSU an. „Neben der Vermittlung sprachlicher Kompetenzen geht es vor allem darum, den Kindern Klarheit über die eigene Herkunft zu vermitteln und zur Identitätsbildung beizutragen“, betont Nicole Wrana. Mit Blick auf Demokratiebildung und ein friedvolles Miteinander sei aber auch der mehrsprachige Unterricht von zentraler Bedeutung. Schon vorhandene Ansätze in beiden Bereichen habe man dank des Landesprogramms auf eine breitere konzeptionelle Basis stellen können.

HSU-Lehrkräfte gestalten verschiedene Fächer gemeinsam mit Klassen- und Fachlehrkräften

Seit dem Projektstart begleitet eine multiprofessionell besetzte Arbeitsgemeinschaft die Ausgestaltung des mehrsprachigen Unterrichts. Im Team arbeiten HSU-Lehrkräfte mit Grundschul- und Fachlehrer*innen zusammen. Für jeden Jahrgang gibt es eine verantwortliche Ansprechperson, die auch an den zentralen Fortbildungen des Landesprogramms teilnimmt. „Früher musste ich HSU an mehreren Schulen anbieten und war teilweise bis zum Abend unterwegs“, erinnert sich Ilaria Stocchi. Dank des Landesprogramms ist sie nun fest an der Grundschule Bogenstraße. Dort bereitet sie maßgeblich auch den mehrsprachigen Unterricht vor – ebenso wie ihre türkischsprachige HSU-Kollegin. „Dadurch sind wir viel besser in das Kollegium eingebunden, können beispielsweise auch an den Konferenzen teilnehmen. Das erleichtert die Zusammenarbeit.“

Der mehrsprachige Unterricht wird in den Fächern Deutsch, Mathe, Sachunterricht, Musik, Kunst und Sport jeweils in Doppelbesetzung angeboten: Eine HSU-Lehrkraft gestaltet ihn gemeinsam mit Klassen- und Fachlehrkräften. Dank der engen Kooperation kommen alle Schüler*innen im Laufe ihrer Grundschulzeit mit der Förderung in Berührung. Aktuell gibt es mehrsprachigen Unterricht im ersten und vierten Jahrgang – mit jeweils ein bis zwei Stunden pro Woche. Zusätzlich werden auch Schulprojekte, Vorlesewochen und Schulfeste mehrsprachig gestaltet. Dabei können neben Deutsch, Englisch und den Herkunftssprachen auch weitere Sprachen einfließen, mit denen die Schüler*innen in Kontakt kommen oder die sie interessieren – beispielsweise Japanisch oder Chinesisch. Die Themen und Methoden des mehrsprachigen Unterrichts sind breit gefächert. Wenn die Kinder etwa Begrüßungen in verschiedenen Sprachen kennenlernen, funktioniert das auf verschiedenen Ebenen: Mit Hilfe von Audiodateien können sie sich zunächst gängige Floskeln in verschiedenen Sprachen anhören. Anschließend spielen sie Begrüßungsrituale aus verschiedenen Ländern szenisch nach. Und zuletzt gestalten sie bunte Hand-schablonen für die Klassentüren, auf denen die gelernten Begriffe gleich beim Eintreten zu lesen sind.

Die besondere Art der Sprachförderung trägt Früchte – davon sind die beiden Lehrerinnen überzeugt. „Kinder mit internationaler Familiengeschichte erleben ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit, wenn ihre Herkunftssprache im Unterricht aufgenommen wird. Es motiviert sie, weiterzuarbeiten und sich zu integrieren“, betont Nicole Wrana. Langfristig ließe sich damit der Bildungserfolg verbessern. Und auch Kinder mit Förder- >>

bedarf profitierten in besonderem Maße von mehrsprachigen Angeboten, ergänzt Ilaria Stocchi: „Sie fühlen sich wohl und machen super mit, weil dieser Unterricht einen ganz neuen Start bietet. Alle fangen gleich an.“

GEW NRW fordert Verlängerung und Ausweitung des Landesprogramms sowie Verbesserung für HSU-Lehrkräfte

Auch Zülfü Gürbüz, ehrenamtlicher Experte der GEW NRW für den Herkunftssprachlichen Unterricht, sieht Mehrsprachigkeit als große Ressource: „Sie schafft wichtige Fähigkeiten in einer globalen Welt, in der Sprachen immer wichtiger werden.“ Kinder, die im Herkunftssprachlichen Unterricht mit ihrer Muttersprache vertraut würden, hätten auch einen besseren Zugang zu anderen Sprachen. „Fördert man diese Kompetenz nicht, besteht die Gefahr einer Halbsprachlichkeit. Betroffene Kinder sind dann weder in ihrer Muttersprache noch in Deutsch sicher“, sagt Zülfü Gürbüz, der auch im Leitungsteam des GEW-Landesausschusses für Migration, Diversity und Antirassismus mitwirkt.

Bisher sei der Herkunftssprachliche Unterricht aber unzureichend im Regelsystem angekommen. Er werde überwiegend als freiwilliges Angebot am Nachmittag organisiert und sei daher kaum mit dem Regelunterricht verzahnt. „Am Ende kommen höchstens 20 Prozent der Schüler*innen, die vom HSU profitieren sollten, tatsächlich auch in den Genuss eines solchen Angebots.“

Auch die Situation der HSU-Lehrkräfte müsse dringend verbessert werden, betont Zülfü Gürbüz. Mit ihrer Expertise seien sie zugleich Vorbilder für die Kinder und Brücke zwischen Eltern und Schule. „Sie leisten eine hervorragende Arbeit für die Förderung der Mehrsprachigkeit und Integration in NRW. Gleichzeitig müssen sie jedoch oft nachmittags und abends in mehreren Schulen arbeiten, ohne Anschluss an ein Kollegium zu haben.“ Fachkräfte aus dem Ausland hätten zudem Schwierigkeiten, einen Weg in das deutsche Schulsystem zu finden. „Ausländische Abschlüsse werden leider nur unzureichend anerkannt, und selbst wenn ausländische Lehrkräfte in Deutschland arbeiten können, sind die Rahmenbedingungen schlecht“, sagt Zülfü Gürbüz. „Sie werden nicht gerecht bezahlt, und es fehlen passgenaue berufsbegleitende Ausbildungsmaßnahmen, um mögliche Unterschiede in der Ausbildung auszugleichen.“

Hier sei das Landesprogramm zur Förderung von Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachlichem Unterricht ein Schritt in die richtige Richtung. Dennoch brauche es weitere Maß-

nahmen, um einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen. „Wir fordern, dass das Programm verlängert wird und mehr Schulen daran teilnehmen können“, sagt Zülfü Gürbüz. Dafür müssten weitere Stellen für Lehrkräfte geschaffen werden. Teilnehmende Schulen bräuchten zudem mehr konzeptionelle Unterstützung und Begleitung, etwa durch das Ministerium für Schule und Bildung oder die Bezirksregierungen. Und nicht zuletzt müssten Entlastungsmöglichkeiten und weitere Fortbildungsangebote für die beteiligten Fachkräfte eingeführt werden.

Für die Lehrer*innen der Grundschule Bogenstraße steht fest: Sie wollen weitermachen. „Ideal wäre eine Aufstockung der Ressourcen, sodass wir zwei Wochenstunden für den mehrsprachigen Unterricht fest im Stundenplan verankern können – und das in jedem Jahrgang“, sagt Nicole Wrana. Der natürliche Umgang mit Vielfalt schaffe ein besonders wertschätzendes Miteinander – nicht nur zwischen den Schüler*innen, sondern auch im Kollegium. Diese Art der lebendigen Demokratieförderung könne in der aktuellen Zeit gar nicht hoch genug geschätzt werden. //

Anne Petersohn

freie Journalistin

+++

GEW: Studie *Verschenkte Chancen?! Die Anerkennungs- und Beschäftigungspraxis von migrierten Lehrkräften in den Bundesländern*

t1p.de/gew-verschenkte-chancen

MSB NRW: Landesprogramm *Grundschulbildung stärken durch HSU – Mehrsprachigkeit unterstützt den Bildungserfolg der Kinder*

t1p.de/landesprogramm-mehrsprachigkeit

Grundschule Bogenstraße Solingen: Youtube-Video mit Einblick in die Umsetzung des Landesprogramms

t1p.de/grundschule-bogenstrasse-youtube

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

Wie Sprache wirkt

Ein Vater fährt mit seinem Sohn im Auto.
Sie haben einen schweren Unfall, bei dem der Vater sofort stirbt.
Der Sohn wird mit schweren Kopfverletzungen in eine
Spezialklinik eingeflogen. Die Operation wird vorbereitet, alles ist fertig.
Der Chef-Chirurg erscheint, wird plötzlich blass und sagt:
„Ich kann nicht operieren, das ist mein Sohn!“

FRAGE

In welchem Verwandtschaftsverhältnis
stehen der Chirurg und das Kind?

Der Chirurg ist die Mutter des Kindes, also eigentlich die Chirurgin.

ANTWORT

Wandelbar und aushandelbar

Sprachliche Interaktion ist komplex: Wer wann was wie sagt – dahinter stecke eine Botschaft, sagt die Linguistin Kristin Kuck. Sie plädiert dafür, Sprache als Instrument zu sehen, das von Sprecher*innen für bestimmte Zwecke genutzt wird.

Wie formt Sprache unsere Wirklichkeit und wie prägt sie unser Denken – und vielleicht darüber hinaus auch die Politik?

Kristin Kuck: Allgemein gesprochen ist Sprache die Brille, durch die wir unsere Welt wahrnehmen. Sie stellt Begriffe bereit, um Dinge zu ordnen, und sie ermöglicht es, Zusammenhänge zu erfassen. Sprache ist aber nicht einfach gegeben, sondern kann von den Sprecher*innen bis zu einem gewissen Grad mitgestaltet werden. Es gibt auch nicht die eine Sprache, die alle sprechen, sondern es lassen sich bei jedem Menschen sozial bedingte

Einflüsse feststellen. Das kann das Alter, die Herkunft, aber auch die politische Einstellung sein. Insofern drücken wir im konkreten Sprechen immer auch aus, wie wir uns selbst und andere und die Welt wahrnehmen. Um das eingangs genutzte Bild wieder aufzunehmen: Wir geben unweigerlich zu erkennen, welche Brille wir benutzen.

Und da sind wir bereits mitten drin in der Politik. Aktuell¹ kann man zum Beispiel sehen, wie spätestens seit dem Bruch der Ampelkoalition die FDP versucht, das Hochwertwort Verantwortung für sich und ihr Handeln zu beanspruchen. Darin ist der Versuch zu beobachten,

die eigene Deutung durchzusetzen, wessen Handeln verantwortungsvoll – und damit „richtig“ – ist.

Welche Rolle kommt bei der Frage des Einflusses von Sprache dem Gendern zu?

Kristin Kuck: Dass das generische Maskulinum vor allem männliche Personen ins Bewusstsein ruft, ist mittlerweile gut belegt und kann in kleinen Selbstversuchen einfach nachvollzogen werden. Die Frage, wie man nun andere Geschlechter in der Sprache sichtbar macht, muss aber von der Sprachgemeinschaft ausgehandelt

¹ Das Interview wurde im Dezember 2024 geführt.



KRISTIN KUCK

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Germanistik der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Ihre Schwerpunkte sind Linguistische Diskursanalyse, Sprache im öffentlichen Raum, Metaphernforschung, Sprachkritik und Politolinguistik. Außerdem ist sie Co-Leiterin der Arbeitsstelle für linguistische Gesellschaftsforschung der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

werden. Da gibt es keine linguistisch besseren oder schlechteren Wege. Ob man andere Geschlechter überhaupt sichtbarer machen möchte, ist zudem eine gesellschaftliche Frage – deren Beantwortung aber eigentlich gar nicht so kontrovers ist. Selbst konservative Parteien finden da ihre Wege.

Meiner Beobachtung nach wird das Thema Gendern momentan vor allem von populistischen Kräften emotionalisiert und regelrecht aufgebauscht. Und auch das hat Einfluss auf unser sprachliches Verhalten. Denn die Entscheidung, zu gendern, nicht zu gendern oder eine bestimmte Form des Genderns zu

verwenden, fällt schwer, wenn man voraussehen kann, wie emotional die Reaktion sein wird.

Inwiefern wird Sprache dazu benutzt, andere ein- oder auszuschließen? Denken wir zum Beispiel an Rassismus in der Sprache oder das Verwenden von Einfacher Sprache.

Kristin Kuck: Das ist nicht so einfach zu beantworten. Sprachliche Ausdrücke sind nicht einfach Knöpfe, mit denen man in den Köpfen anderer eine bestimmte Vorstellung einschalten kann. Wir können uns entscheiden, wie wir sprechen. In welcher Situation man wel-

che Sprache oder welchen Stil verwendet, hat selbst auch eine Botschaft. Wer sich entscheidet, einen rassistischen Ausdruck zu benutzen, signalisiert, dass er oder sie kein Interesse an einer gleichberechtigten Welt hat – unabhängig davon, ob das stimmt. Und Inklusion ist nichts, was durch die „richtigen“ Wörter einfach so geschieht. Der ganze Umgang miteinander ist extrem wichtig. Wer kann und darf sich äußern? Wessen Aussagen finden Gehör? Und wer darf wem widersprechen? »

Wie kann eine Sprache aussehen, die alle mitnimmt?

Kristin Kuck: Das lässt sich pauschal nicht beantworten. Wir können allenfalls in so was wie funktionale und nicht funktionale Kommunikation oder angemessene und unangemessene Kommunikation unterscheiden. Und das ist immer von der Situation abhängig. Wer spricht aus welcher Position mit wem in welcher Weise und mit welchem Ziel? Wenn ich mit meiner Familie zu formell spreche, dann wird wahrscheinlich das Gefühl fehlender Vertrautheit entstehen. Umgekehrt wird ein zu vertrauter Stil in einer formellen Situation unangebracht erscheinen. Sprachliche – und damit soziale – Interaktion ist unglaublich komplex. Ein großer Teil unserer Sprachkompetenz besteht darin, so etwas einschätzen zu können.

Sprache scheint immer mehr zum Schauplatz ideologischer Kämpfe zu werden – warum? Was steckt hinter der Beschwerde, man dürfe ja nichts mehr sagen?

Kristin Kuck: Eigentlich war Sprache immer schon Schauplatz von Ideologiekämpfen. Das muss auch so sein, zu einem demokratischen Diskurs gehört das dazu. Wir „verraten“ uns sowieso immer in unserer politischen Einstellung und unserer Weltsicht – zum Beispiel, wenn wir nicht von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, sondern von Staatsfunk sprechen.

Ich denke aber, es haben sich die Ansprüche verändert, wie wir miteinander umgehen. Es wird mehr Sensibilität für die sozialen Implikationen des sprachlichen Verhaltens gefordert, also ob jemand herabgesetzt wird oder jeman-

dem kommunikative Rechte entzogen werden, etwa wenn ein Wortbeitrag aufgrund von Alter oder Geschlecht nicht ernst genommen wird. Ich glaube, dass manche von den gestiegenen Ansprüchen überfordert sind, und manche auch einfach nicht wollen. Und dann gibt es diejenigen, die das Gefühl von Überforderung und Ablehnung populistisch nutzen und einen Kulturkampf herbeireden.

Wer entscheidet über „richtiges“ und „falsches“ Sprechen und Schreiben?

Kristin Kuck: Es kann und darf in einer freien demokratischen Gesellschaft keine Instanz geben, die festlegt, welche Ideologie, Weltsicht oder Identität sprachlich ausgedrückt werden darf und welche nicht – und wie diese geäußert werden darf. Eine demokratische

„Wie eine Ideologie, Weltsicht oder Identität ‚richtig‘ ausgedrückt wird, kann die jeweilige Sprecher*innen-gemeinschaft nur selbst bestimmen, indem sie Normen aushandelt. Die sind aber wandelbar und unterliegen einer ständigen Debatte.“

Gesellschaft kann aber sehr wohl bestimmen, dass eine Ideologie, die gegen Menschenrechte verstößt, nicht legitim ist. Wie eine Ideologie, Weltsicht oder Identität „richtig“ ausgedrückt wird, kann die jeweilige Sprecher*innen-gemeinschaft nur selbst bestimmen, indem sie Normen aushandelt. Die sind aber wandelbar und unterliegen einer ständigen Debatte. Manche Normen sind auch nur in einer bestimmten Gruppe gültig, etwa das Beschimpfen und Beleidigen von Freund*innen, das in manchen Gruppen als Ausdruck von Zuneigung gilt, in anderen hingegen einen rüden Normverstoß darstellen würde.

Welche Rolle spielt die Sprachwissenschaft dabei?

Kristin Kuck: Oft wird die Linguistik aufgefordert, Urteile über gut und schlecht oder richtig und falsch zu fällen. Wir können aber nur anbieten, über situationsabhängige Angemessenheit zu beraten und bei der Reflexion zu helfen. Wir können soziale Implikationen erkennen und im Einzelfall auch ideologische „Warn tafeln“ aufstellen, wenn das gewünscht ist. Aber wenn jemand gegen grundlegende Normen verstoßen möchte, dann kann er oder sie das mit Hilfe von Sprache auch tun.

Wie lässt sich in Zeiten zunehmend rauer Diskurse anders miteinander kommunizieren? Welches Verständnis von Politik, Gesellschaft und miteinander wäre dafür notwendig?

Kristin Kuck: Ich fände es gut, wenn wir Sprache nicht nur als Mittel der Manipulation und Machtausübung begreifen würden. Das ist eine Sicht, die in den Debatten über Gendern, rassistische Sprache und Diskriminierung sehr stark ausgeprägt ist.

Mir fehlt oft die Perspektive, dass Sprache ein Instrument ist, mit dem wir soziale Aufgaben lösen. Und mit dem wir es gewohnt sind, umzugehen. Deshalb sind wir so gut darin, Sprache sowohl für positive, wohlwollende Kommunikation als auch für negative, aggressive Kommunikation einzusetzen. Wer eine hasserfüllte Sprache verwendet, tut das wahrscheinlich mit Absicht. Wichtig finde ich, dass es nicht die Sprache als solche ist, die Menschen hasserfüllt oder diskriminierend sprechen und denken lässt, sondern sie wird für solche Zwecke eingesetzt. Ich fände es gut, wenn wir uns da gegenseitig mehr zutrauen würden.

Was heißt das konkret?

Kristin Kuck: Damit meine ich, wir sollten Menschen zutrauen, dass sie wissen, wie sie sich mit ihrer Ausdrucksweise in ihrem Umfeld aufstellen. Meistens benutzen Leute gar nicht die „falsche“ Sprache, sondern die „richtige“, um genau das zu erreichen, was sie wollen. Ich glaube, wenn wir uns das bewusster machen, dann würden wir insgesamt besser „zuhören“ – um eines der beliebtesten Schlagwörter in der politischen Kommunikation zu benutzen – und weniger Zuschreibungen machen. //

Die Fragen stellte Nadine Emmerich.

freie Journalistin

+++

Arbeitsstelle für linguistische Gesellschafts-
forschung der Otto-von-Guericke-Universität
Magdeburg: *Sprache formt Gesellschaft*
t1p.de/linguistische-gesellschaftsforschung

Hallo, ich bin Niklaas.

„Bildung verändert nicht die Welt.
Bildung verändert Menschen.
Menschen verändern die Welt.“



Mein Name und Alter:

Niklaas Hofmann, 44 Jahre

Heute arbeite ich als:

Politischer Leiter des DGB-Erwachsenen-
bildungszentrums in Hattingen

Das wollte ich als Kind immer werden:

Schatzsucher

Das sind meine Hobbys:

Fahrrad fahren, segeln, lesen, viel Musik hören –
vor allem Ska- und Punkmusik – sowie Sprachen
lernen – zum Beispiel Spanisch oder brasilianisches
Portugiesisch

So würde ich mich mit drei Worten beschreiben:

kreativ, humorvoll und politisch

Aus diesem Grund bin ich Mitglied geworden:

weil die GEW für die Interessen der abhängig
Beschäftigten und für ein sozial gerechtes
Bildungssystem steht

Meine Aufgabe in der GEW NRW:

Als Mitglied des Leitungsteams der Fachgruppe
Erwachsenenbildung kümmere ich mich unter
anderem um Themen rund um den zweiten
Bildungsweg, die Volkshochschule und die politi-
sche Erwachsenenbildung in NRW. Wir diskutieren
mit Kolleg*innen und entwickeln gemeinsam
Positionen für die GEW.

Das bedeutet Gewerkschaft für mich:

voneinander lernen, füreinander eintreten,
und miteinander aktiv werden!

Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

Redaktion Print- und Onlinemagazin

Vanessa Glaschke, Anja Heifel-Rohden
Stefan Brackertz, Sabine Flögel (verantwortliche
Redakteur*innen)

E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de
leserbrief@lautstark-magazin.de

Design, Layout, Illustration und Bildredaktion des Printmagazins

BÜREAU – Raum für Gestaltung

Design, Layout und Bildredaktion des Onlinemagazins

Rheinschafe GmbH, Alica Kronenberg (NDS Verlag), Sherin
Krüger (freie Mitarbeit), BÜREAU – Raum für Gestaltung

Lektorat

Annette Gillich-Beltz, Silvia Michel

GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen
Telefon: 0201 2940301, Fax: 0201 2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Geschäftsführung: Martin Bens
Telefon: 0201 2940306
E-Mail: office@nds-verlag.de

Anzeigen

Sabine Biermann
Telefon: 0201 2940306
E-Mail: sabine.biermann@nds-verlag.de

Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

Papier

Umschlag: Circle Volume White, 170 g / m²
Innenteil: Steinbeis Select, 100 g / m²

Auflage

42.000, Erscheinungsweise: 5 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printaus-
gabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen,
jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen
und stattdessen die Onlineveröffentlichung unter
lautstark-magazin.de nutzen. Erfüllungsort und
Gerichtsstand sind in Essen.

Der Jahres-Abo-Preis außerhalb der

GEW-Mitgliedschaft beträgt 45 Euro.

Bestellung: office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht
mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion
übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen
Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung
von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion
verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher
und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn
dies gewünscht wird.

Titelillustration: freepik.com

gew-nrw.de/magazin
nds-verlag.de

lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM

08. APRIL 2025

Qualität in Zeiten des Fachkräftemangels

In der nächsten Ausgabe der *lautstark.* geht es um das Spannungsverhältnis von Qualität und Mangel. Wie steht es vor dem Hintergrund des immensen Fachkräftemangels im Bildungsbereich um das Wohlbefinden von pädagogischen Fachkräften? Was fordert die GEW NRW, um Belastungen zu senken? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Attraktivität der Berufe in Kitas, an Schulen und Hochschulen zu steigern? Und was tun Fachkräfte vor Ort, um auch in Zeiten des Mangels die pädagogische Qualität in ihrer Einrichtung erhalten zu können?



www.blauer-engel.de/uz195

Dieses Druckprodukt wurde mit dem
Blauen Engel ausgezeichnet.

LF8

Deine Stimme für unsere Demokratie



Foto: MicroStockHub / istockphoto.com

Die GEW NRW steht für eine bunte, offene Gesellschaft. Wir machen uns stark für ein solidarisches Miteinander, für soziale Gerechtigkeit und mehr Teilhabe. Wir zeigen klare Kante gegen Populismus, Ausgrenzung und Diskriminierung.

Mach mit und wähle bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 demokratisch!

Mehr zur Bundestagswahl unter

gew-nrw.de

gew.de/btw25/forderungen

